

NACHHALTIGKEIT

ENERGIEWENDE IN BRANDENBURG

**CHANCE FÜR EINE SOZIALÖKOLOGISCHE
TRANSFORMATION?**

DIETER KLEIN



1 Licht und Schatten – die energiewirtschaftliche Ausgangslage in Brandenburg	3
2 Der Konflikt – Braunkohleverstromung und die Regierungsbeteiligung der Brandenburger LINKEN	4
3 Der Stand der Dinge: «Die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg»	7
4 Die Akteure	12
5 Energiepolitik im Viereck einer zeitgemäßen linken Erzählung – die «vier U»	17
6 Überwiegend technologische Umwälzung oder Chance des Einstiegs in eine sozialökologische Transformation?	24

Die hier vorliegende Arbeit existiert auch als Langfassung:

Dieter Klein: Widersprüche in der Brandenburger Energiewende. Horizonte sozial-ökologischer Transformation. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012.

In produktiver Erinnerung an Michael Schumann

Das Land Brandenburg nimmt unter allen Bundesländern einen Spitzenplatz beim Übergang zu erneuerbaren Energien ein – eine komfortable Position für den Fortgang der Energiewende. Aber bedingt durch die historisch gewachsene Wirtschaftsstruktur ist in Brandenburg der Anteil der Braunkohle am Primärenergiebedarf mehr als viermal so hoch wie im Durchschnitt der Bundesrepublik – eine besonders schwierige Konstellation für die Energiewende.

Verständlich ist angesichts dieser widersprüchlichen Ausgangslage, dass das Tempo des Ausstiegs aus der Braunkohle-energieversorgung heftig umstritten ist und dass schon der bloße technologische Strukturwandel in der Energiewirtschaft auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, hochgradiger Energieeffizienz und Energieeinsparung den politisch Verantwortlichen und der Wirtschaft in Brandenburg extreme Anstrengungen abverlangt.

Über den technisch-ökonomischen Strukturwandel hinaus ist jedoch die entscheidenden weiter reichende Frage aufzuwerfen, ob es gelingen könnte, in der Energiewende Potenziale des Einstiegs in eine sozialökologische und emanzipatorische Transformation auszuschöpfen. Oder ist die Vorstellung solcher Möglichkeit angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, der Übermacht des herrschenden Kräfteblocks und der gegenwärtigen Schwäche der Linken in Deutschland und Europa insgesamt in das Reich der Illusionen zu verweisen? Es sind die Ei-

genschaften der erneuerbaren Energien selbst, die dagegen sprechen, die Suche nach transformatorischen Chancen in der Energiewende als Donquixoterie anzusehen. Ihr dezentrales Vorkommen kann gegen zentralistische Monopolstrukturen in Stellung gebracht werden. Viele kleine Energieerzeugungsanlagen bieten auch weniger kapitalkräftigen Investoren Chancen. Energiegenossenschaften, Bürgerbeteiligung an der Finanzierung lokaler Energieerzeugung, Stadtwerke und Netze in kommunalem Eigentum und gemischtes Eigentum auf lokaler Ebene beweisen, dass die regenerierbaren Energien gegen die Dominanz oligopolistischer Eigentumsentwicklungen entwickelt werden können. Dezentrale Energieaufkommen bieten durch ihre Bürgernähe Chancen für die Erneuerung der Demokratie.

Die Energiepolitik wird zu einem zentralen Feld gesellschaftlicher Transformation. Sie betrifft den Umgang mit fossilen Ressourcen, auf denen gegenwärtig die gesamte Zivilisation beruht, deren weitere Nutzung diese Zivilisation jedoch aufs Äußerste gefährdet. Die Energiepolitik hat es mit Knotenpunkten globaler Macht, aber auch mit der Chance zu tun, zur Veränderung der gegenwärtigen Machtverhältnisse beizutragen. Um Energieressourcen werden Kriege geführt, aber um erneuerbare Energien wie Wind und Sonneneinstrahlung müssen Kriege selbst aus imperialer Sicht nicht sein. Entscheidungen zwischen konservativen und erneuerbaren Energien sind zugleich Entscheidungen zwischen

verschiedenen Lebensweisen und über neue Nord-Süd-Verhältnisse.

Verantwortung mit dem Blick auf derart komplexe globale Zusammenhänge ist nicht möglich ohne theoretisches Erfassen dieser Zusammenhänge und der in ihnen verborgen enthaltenen Ansätze für andere Zukünfte. Michael Schumann, bis zu seinem tödlichen Unfall im Jahr 2000 Spitzenpolitiker der PDS und Mitglied des Brandenburger Landtags, schrieb:

«Eine politische Bewegung emanzipatorischen Charakters, die einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Anspruch verpflichtet ist, kann weniger als jede andere darauf verzichten, ihre politische Praxis zu «verwissenschaftlichen», das Nicht-Vorhandene, das gleichwohl im Vorhandenen als Notwendigkeit und Möglichkeit enthalten ist, theoretisch zu denken.» (Schumann 2000: 178)

Allerdings betonte Michael Schumann auch:

«Nicht die Wissenschaft, sondern der politische Diskurs, in dem es um Prozesse der Aufklärung über Interessenlagen, über

die praktische Relevanz theoretischer und kritischer Erkenntnisse und um die Verständigung über konkrete politische Ziele geht, leitet politisches Handeln unmittelbar an.» (Schumann 2000: 179)

Auch Boaventura de Sousa Santos drängt darauf, sich im praktischen Handeln stets der theoretisch zu erfassenden Zusammenhänge zu vergewissern und umgekehrt das theoretische Denken nicht von der Praxis zu lösen: «Aus dieser zum Teil wechselseitigen Blindheit von Theorie und Praxis geht eine Untertheoretisierung der Praxis wie eine Irrelevanz der Theorie hervor. [...] Aus diesem problematischen Verhältnis von Theorie und Praxis erwächst eine Unsicherheit mit Blick auf Strategie und Taktik der Linken, auf kurzfristige und langfristige Ziele und Orientierungen.» (de Sousa Santos 2010: 128) Dieser Auffassung folgend soll hier versucht werden, eine Brücke zwischen praktischer Energiepolitik in Brandenburg und theoretischer Arbeit an einem zeitgemäßen Transformationskonzept zu schlagen.

1 LICHT UND SCHATTEN - DIE ENERGIEWIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE IN BRANDENBURG

Gemessen am Ausbau der Gesamtheit erneuerbarer Energien nimmt Brandenburg den Platz 1 unter allen Bundesländern ein. Bezogen auf das Ausbauniveau und das Zuwachstempo von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, auf die Anzahl und den Anteil von Unternehmen im Bereich regenerierbarer Energien, an den Patentanmeldungen und der Zahl der Beschäftigten in der Fotovoltaik und Windanlagenindustrie gehört Brandenburg ebenfalls zur Spit-

zengruppe unter den Bundesländern. In der Nutzung von Windenergie besetzt Brandenburg Platz 2, bei Biogas Platz 4, hintere Plätze allerdings in der Fotovoltaik und in der regenerativen Wärmenutzung. Das Klimaziel des Landes Brandenburg für 2020, die CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, war 2010 mit 38,6 Prozent schon fast erreicht. Um die bevorstehenden Anstrengungen zur weiteren Senkung der Emissionen realistisch ermessen

zu können, muss allerdings festgehalten werden, dass ein beträchtlicher Teil der bisherigen Emissionsminderungen den Deindustrialisierungsprozessen in Ostdeutschland nach dem Anschluss an die Bundesrepublik geschuldet ist. Doch die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern deckt bereits zu 75 Prozent den Jahresstrombedarf Brandenburgs ab, und die Stromexportquote beträgt über 60 Prozent (Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2011: 10).

Aber zugleich hat die Braunkohle – historisch entstanden aufgrund großer Vorkommen – ein überdurchschnittlich großes Gewicht in der Branchenstruktur des Landes. Der Anteil der Braunkohle am Primärenergiebedarf betrug im Jahre 2010 im Durchschnitt der Bundesrepublik 10,7 Prozent, in Brandenburg jedoch 48,6 Prozent (www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/2011/05/

die-braunkohle-und-der-klimaschutz/). Ihr Anteil an den CO₂-Emissionen Brandenburgs liegt bei 63 Prozent (Landesregierung, Bericht v. 6.5.2011: 11).

Daraus ergibt sich die höchst widersprüchliche Konstellation, dass Brandenburg einen Spitzenplatz beim Übergang zu erneuerbaren Energien einnimmt, gleichzeitig aber aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur, der besonders hohen CO₂-Emissionen bei der Braunkohleverstromung und der geringen Einwohnerzahl im Flächenland Brandenburg die höchsten Pro-Kopf-Emissionen von CO₂ unter den Bundesländern aufweist. Die Pro-Kopf-Emission klimarelevanter Gase beträgt in Brandenburg 25 t CO₂ eq im Jahr, im Durchschnitt der Bundesrepublik dagegen 12 t CO₂ eq (eq sind Äquivalenzeinheiten; sie bezeichnen die Umrechnung der Belastung durch verschiedene klimarelevanter Gase in die Belastung durch Kohlendioxid).

2 DER KONFLIKT - BRAUNKOHLERVERSTROMUNG UND DIE REGIERUNGSBETEILIGUNG DER BRANDENBURGER LINKEN

Die guten Ausgangspositionen in der Zuwendung zu erneuerbaren Energien bieten die Chance, eine Vorreiterposition Brandenburgs für eine nachhaltige Energiewende einzunehmen. Mit der starken Braunkohlelastigkeit der Energiewirtschaftsstruktur ist jedoch eine Pfadabhängigkeit im energiepolitischen Denken verknüpft. Noch immer wirkt die Neigung, der Braunkohleverstromung länger als erforderlich erhebliches Gewicht beizumessen. Brandenburg wird seine errungene Vorreiterrolle aber nur behalten und ausbauen können, wenn diese

Neigung vollständig überwunden wird und stattdessen der volle Ausstieg aus der Kohleverstromung zum frühestmöglichen Zeitpunkt – etwa 2030 bis 2040 – das energiepolitische Handeln ohne Einschränkung bestimmt.

Dramatischen Gehalt gewinnt die Energiestrategie für die Zukunft durch die absehbare Zuspitzung der Klimaprobleme. Nach dem «World Energy Outlook 2011» der Internationalen Energieagentur (IEA) wird der weltweite Primärenergiebedarf vor allem durch die nachholende Industrialisierung der Schwellen- und

Entwicklungsländer zwischen 2010 und 2035 um ein Drittel steigen. Selbst bei einer – bisher nicht absehbaren – Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen der Regierungen in der Energie- und Klimapolitik erwartet die IEA bis zur Mitte des Jahrhunderts einen Anstieg der mittleren globalen Durchschnittstemperatur um $3,5^{\circ}\text{C}$. Aber jenseits eines Anstiegs um mehr als 2°C sind Klimakatastrophen größten Ausmaßes mit verheerenden sozialen Folgen für große Teile der Bevölkerung zu erwarten. Bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Politik ohne weitreichendste Korrekturen im Energie- und Klimabereich rechnen die Experten der IEA sogar mit einem Temperaturanstieg um 6°C . Nicht zuletzt würde die erwartete Zunahme des Verbrauchs von Kohle um zwei Drittel bis 2035 dazu beitragen. Auch für Brandenburg ist mit einem Anstieg der Durchschnittstemperatur um $3,5^{\circ}\text{C}$ zu rechnen.

Sowohl die widersprüchliche energie-wirtschaftliche Ausgangssituation Brandenburgs am Beginn der Energiewende als auch globale klimapolitische Handlungszwänge gestatten kein Ausweichen. Der Konflikt zwischen einem Festhalten an fossilen Energien über den für die Energiewende absolut erforderlichen Zeitrahmen hinaus und dem schnellstmöglichen Umbruch zu regenerierbaren Energien, Energieeffizienz und Energie-suffizienz fordert allen alternativen gesellschaftlichen Kräften eindeutiges Handeln ab. In Brandenburg hat dieser Konflikt einen Namen: Jänschwalde. Der Vattenfall-Konzern, SPD und CDU wollen bis 2030 den Bau eines Nachfolgebraunkohle-kraftwerks in Jänschwalde durchsetzen. Sein Betrieb würde die Braunkohle-verstromung um Jahrzehnte verlängern, die ursprünglichen Ziele zur Senkung der

CO_2 -Emissionen durchkreuzen und der vollen Konzentration auf die erneuerbaren Energien entgegenstehen. Umweltverbände, Klimabewegungen, Bürgerinitiativen und die Einwohnerinnen und Einwohner der von der Erschließung neuer Tagebaue bedrohten Dörfer leisten Widerstand gegen diese Planung.

Die Partei DIE LINKE unterstützte im Landtagswahlkampf 2009 das Bürgerbegehren «Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik». Sie lehnte die Verpressung von CO_2 in die Erde ab, mit deren Hilfe der Vattenfall-Konzern die weitere Kohleverstromung in der Lausitz legitimieren will. Und DIE LINKE versprach, mit allen Kräften für den Vorrang erneuerbarer Energien zu wirken und dies mit sozialen Zielen sinnvoll zu verbinden.

Aber das Bürgerbegehren scheiterte. Nur rund 25.000 statt der für einen Erfolg erforderlichen 80.000 Stimmen gegen neue Braunkohlekraftwerke wurden erreicht. Eine entscheidende Bedingung für eine radikale Realpolitik der Linkspartei in der Energiewirtschaft und im Klimaschutz aus der Regierungsverantwortung heraus war damit erheblich geschwächt.

Zum Anteil der Linkspartei an dieser Schwäche gehört, dass ihre Führung und die Mehrheit der Parteimitglieder viel zu lange nicht begriffen hatten, wie sehr die soziale Frage längst zu einer sozialökologischen Frage geworden ist und dass ein sozialökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft für das Profil und die reale Politik der Partei nicht weniger wichtig als ihr Einsatz für gute Arbeit, Umverteilung von oben nach unten und Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, kurz für soziale Gerechtigkeit und Solidarität ist.

Die Brandenburger LINKE entschied sich für eine Regierungsbeteiligung, obwohl die SPD an einer längeren Perspektive für die Braunkohle und an der Erforschung, Erprobung und Anwendung von CCS-Technologien (Carbon Capture and Storage) zur Abscheidung von CO₂ bei der Braunkohleverstromung und zur Verpressung von CO₂ in die Erde festhält. Die Bürgerinitiativen gegen neue Braunkohlekraftwerke und gegen die Endlagerung von CO₂ in der Erde fühlten sich im Stich gelassen. DIE LINKE hatte mit einem partiellen Glaubwürdigkeitsverlust zu zahlen.

Aber die Entscheidungssituation für sie war widersprüchlicher als aus der verständlichen Sicht der Braunkohlegegner und Klimaaktivisten. Die LINKE hatte abzuwägen, ob die Chance, in der Brandenburger Regierung zusammen mit der SPD trotz ungünstiger Haushaltslage für die Priorität von Bildung, Sozialem und Wissenschaft, für öffentlich geförderte Beschäftigung besonders von Langzeitarbeitslosen und für eine öffentliche Daseinsvorsorge zu wirken, zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse im Bundesrat beizutragen und die Regierungsfähigkeit der LINKEN unter Beweis zu stellen, höher als die Verweigerung eines Kompromisses zur Braunkohle zu schätzen sei. Für beide Optionen sprachen gute Gründe. Vorgefertigte «rote Haltelinien», die sich jeder Abwägung entzogen, waren da nicht hilfreich. DIE LINKE entschied sich für die Regierungsbeteiligung. Sie tat dies auch deshalb, weil die Zustimmung von Wählerinnen und Wählern zu einer Partei erschwert wird, wenn diese nicht zu erkennen gibt, dass sie eine Machtoption anstrebt und bereit ist, nach Abwägung der Mindestvoraussetzungen für Erfolg, aus der Regierungsbe-

teiligung heraus Entscheidungen zu verantworten.

Ohne die Regierungsbeteiligung der LINKEN hätten SPD und CDU die Braunkohleverstromung und CCS ungehindert innerhalb der Landesregierung selbst vorangetrieben. Die Linkspartei dagegen setzte im Koalitionsvertrag mit der SPD die Verpflichtung auf den Vorrang und beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien durch. Neue Braunkohlekraftwerke soll es nach dem Koalitionsvertrag nur unter der Bedingung geben, dass die Reduktionsziele für CO₂ um 40 Prozent bis 2020 und um weitere 35 Prozent bis 2030 erreicht werden. Während Bürgerinitiativen wie die Initiative «CO₂ Endlager stoppen», die Klinger Runde der von der Kohle bedrohten Lausitzer Dörfer, Bündnisse wie die Klima-allianz deutschland, die Grüne Liga als Netzwerk ökologischer Bewegungen und die Klimaaktivisten von gegenstromberlin die CCS-Technologie von vornherein ohne Wenn und Aber radikal ablehnten und gegen sie mobilisierten, relativierte die Brandenburger LINKE ihre Ablehnung zu einer an bestimmte Bedingungen gebundenen Zustimmung zur Erprobung und Demonstration dieser Technologie. Dies waren aber Bedingungen, die – belegt durch Expertengutachten – nicht einlösbar sind: «Die Sicherheit der Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Die Speicherung von CO₂ muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden.» (Koalitionsvertrag/Potsdam 2009: 25) Garantien dafür kann es jedoch nicht geben, erst recht nicht, nachdem die Katastrophe

von Fukushima zwingend nahegelegt hat, jegliche Technologien mit Großrisiken abzulehnen. Der Ausstieg Deutschlands aus der Risikotechnologie Kernkraft sollte nicht mit dem Einstieg in die Risikotechnologie CCS bezahlt werden. Der mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohle – etwa bis 2040, nach anderen Auffassungen bis 2030 – ist folglich durch den Koalitionsvertrag selbst geboten.

Im Dezember 2011 gab der Vattenfall-Konzern mit ausdrücklichem Verweis auf das Fehlen politischer Akzeptanz die Arbeit an der Planung eines Demonstrationskraftwerks auf CCS-Basis in Jämschwalde auf. Die Förderung des Projekts durch die EU war aufgrund des Fehlens eines CCS-Gesetzes in Deutschland nicht mehr gesichert. Aber unter Berufung auf die CCS-Richtlinie der EU schließt Vattenfall nicht aus, das Verfahren von Unternehmen zu kaufen, die es an anderen EU-Standorten entwickeln, um auf die-

ser Grundlage nach 2020 doch noch ein neues Kraftwerk in Jämschwalde zu errichten (siehe Langfassung: 12 f.).

So oder so, ob mit CCS und anderen CO₂-mindernden Verfahren oder ohne CCS, gilt, dass nicht allein die Kernkraft und die Endlagerung von CO₂ in der Erde unverantwortbare Risikotechnologien sind. Die Braunkohleverstromung selbst ist durch ihre extrem destabilisierende Wirkung auf das Klima eine Risikotechnologie par excellence und so schnell wie möglich sozialverträglich einzustellen. Das gilt völlig unabhängig davon, ob andere Regionen oder Länder an der Braunkohleverstromung weiterhin festhalten.

Die Braunkohle hat eine noch schlechtere Klimabilanz als Öl, Gas oder Steinkohle. Mit einem gut zehnpromzentigen Anteil am deutschen Primärenergieverbrauch entfallen auf sie rund 20 Prozent des energiebedingten CO₂-Ausstoßes in Deutschland.

3 DER STAND DER DINGE: DIE «ENERGIESTRATEGIE 2030 DES LANDES BRANDENBURG»

Das gegenwärtige Ergebnis der Auseinandersetzungen um die Energiepolitik in Brandenburg ist die vom Landtag beschlossene «Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg». Sie ist dem Vorrang erneuerbarer Energien verpflichtet. Sie richtet sich darauf, die Energieeffizienz zu steigern und den Energieverbrauch bis 2030 um etwa 23 Prozent gegenüber 2007 zu senken. Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch soll um 35 Prozent, am Endenergieverbrauch um fast 30 Prozent erhöht werden. Die energiebedingten CO₂-Emissionen sollen um

72 Prozent gegenüber 1990 sinken. So wäre eine zuverlässige und preisgünstige Energieversorgung bei Transparenz und Bürgerbeteiligung zu sichern (Landesregierung Brandenburg 2012).

In der «Energiestrategie 2030» werden unter anderem als Probleme hervorgehoben:

- Brandenburg braucht – ohne Berücksichtigung eines möglichen großflächigen Einsatzes von Hochspannungskabeln anstelle von Überlandleitungen – für etwa 600 km Trassenlänge im Höchstspannungs-Übertragungsnetz und für 1.500 km

im Hochspannungs-Verteilnetz rund 2 Milliarden Euro Investitionen. Schon gegenwärtig bleibt in bestimmten Regionen die Netzkapazität zeitweilig hinter der Leistung von Windkraftanlagen zurück. Als ein Problem wird von der Landesregierung betrachtet, dass die Brandenburger Stromnetzinfrastruktur durch die Rolle des Bundeslandes als Durchleitungs- und Stromexportland belastet wird, die Netzausbaukosten aber zurzeit nicht bundesweit umgelegt werden.

- Die Forschung zu Energiespeichern und erst recht die großtechnische Realisierung von Speichern entspricht zurzeit nicht den Anforderungen an den Übergang zu erneuerbaren Energien.
- Die Akzeptanz von Anlagen der erneuerbaren Energieerzeugung in der Nachbarschaft fällt mit 65 Prozent im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders niedrig aus. Brandenburg liegt damit auf dem vorletzten Platz. Die Bevölkerung zieht bisher in der Regel keinen unmittelbaren Nutzen aus steuerlichen Mehreinnahmen durch erneuerbare Energien in ihrer näheren Umgebung.

Trotz dieser und anderer Hürden oder gerade deshalb, weil sie genannt werden, um sie zu überwinden, atmet die «Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg» einen vorsichtig-visionären Hauch. Sie zeichnet die Aussicht, dass Brandenburg zur «Modellregion für dezentrale Energieversorgung und Energietechnologie», zu einer «Region der Energiewende» werden kann. Zugleich leidet diese Strategie unter zwei Grunddefiziten.

Das eine große Defizit aus der Sicht linker radikaler Realpolitik ist, dass die Energiewende weitgehend als Angele-

genheit technologischer und wirtschaftlicher Sachpolitik konzipiert war. Natürlich muss sie durch die Handschrift der Fachleute bestimmt werden. Sie ist kein Objekt futurologischer Poesie. Wenn sie aber weiterhin den Imperien der mächtigen Energiekonzerne und der finanziellen Regie durch Großbanken und Investmentfonds überlassen wird, wenn sie überwiegend ein neues Feld herkömmlicher zerstörerischer Wachstumspolitik bleibt und wenn sie – systemisch bedingt – weitgehend Teil der unkoordinierten gegenwärtigen Energiewendepolitik der Bundesregierung und zudem noch bei anhaltender Kluft zwischen Arm und Reich bleibt, würde sie schnell an Grenzen gelangen.

Das andere Defizit ist das Verhaftetsein der Landespolitik in dem Widerspruch zwischen Zuwendung zu erneuerbaren Energien und gleichzeitigem pfadabhängigen Festhalten an der Braunkohleverstromung noch über einen Zeitraum hinaus, den beispielsweise der BUND, Greenpeace, das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), die Grüne Liga und andere Akteure für erforderlich halten. Im Widerspruch zur ursprünglichen Position des Brandenburger Umweltamts und selbst zum Bundesumweltministerium, das bis 2030 außer den bereits im Bau befindlichen Anlagen in Neurath und Boxberg keine neuen Braunkohlekraftwerke in Deutschland vorsieht (Bundesministerium für Umwelt 2011), soll bis 2030 ein Nachfolgebraunkohlekraftwerk in Jänschwalde gebaut werden. «Die Landesregierung geht wegen aus heutiger Sicht bestehender Unsicherheiten [...] weiterhin vom Erfordernis eines Nachfolgebraunkohlekraftwerks auf der Basis von Technologien zur CO₂-ärmeren Stromerzeugung am

Standort Jänschwalde und dem Aufbau der dafür erforderlichen CCS-Infrastruktur aus. In diesem Zusammenhang sieht es die Landesregierung als erforderlich an, die Braunkohleplanverfahren zur Sicherung der Rohstoffversorgung der Kraftwerke aus nahen Tagebauen fortzuführen. Sie bilden die Grundlage für eine Investitionsentscheidung im Kraftwerksneubau.» (Ministerium für Wirtschaft 2012: 33) Das bedeutet Vorbereitung der Braunkohleverstromung bis mindestens 2070! (Schuster 2012) Dass dieses Vorhaben alle fünf Jahre nochmals geprüft werden soll, ist keine Garantie für eine Korrektur.

Das ursprüngliche Ziel für 2030, die CO₂-Emissionen um 75 Prozent auf 22,8 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr zu senken, wird nach der neuen Strategie 2030 mit einer Senkung um 72 Prozent knapp verfehlt. 2,2 Millionen Tonnen CO₂ mehr als von der rot-schwarzen Vorgängerregierung ursprünglich vorgesehen würden jährlich in die Atmosphäre geblasen. Bis 2020 ist gegenüber 2010 eine Senkung des CO₂-Ausstoßes um nur 1,6 Prozent vorgesehen. Selbst wenn auf die Belastung der CO₂-Bilanz Brandenburgs durch den Ausbau des Großflughafens Berlin-Brandenburg und durch die geplanten, nicht verzichtbaren Gaskraftwerke Premnitz und Wustermark zu verweisen ist, scheint diese Zielsetzung doch erstaunlich niedrig. 1,6 Prozent CO₂-Minderung im ganzen laufenden Jahrzehnt im Vergleich zu 32 Prozent in den darauf folgenden zehn Jahren – eine überzeugende Begründung dafür ist im Entwurf der «Energiestrategie 2030» nicht zu finden. An CCS soll durch Brandenburgs Engagement für eine europaweite CO₂-Transportinfrastruktur festgehalten werden.

Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf mindestens 35 Prozent und 72-prozentige Senkung der CO₂-Emissionen in Brandenburg bis 2030 gegenüber 1990 im Vergleich zu 55 Prozent in der gesamten Bundesrepublik und zu einer EU-weiten Zielmarke von 30 Prozent unter der nicht gesicherten Bedingung ähnlicher Zielsetzungen durch weitere wichtige Länder – das sind durchaus Maßstäbe einer Modellregion. Aber ein neues Braunkohlekraftwerk Jänschwalde, die Minderung des ursprünglichen Ziels zur Senkung von CO₂-Emissionen und das Beharren auf CCS – das sind zu große Abstriche davon. Die Energiestrategie bedarf schon vor ihrer erst nach fünf Jahren vorgesehenen Überprüfung einer Korrektur auf der Höhe der Herausforderungen.

Greenpeace hat begründete Forderungen für diese Korrektur formuliert:

- Statt Aufweichung des Klimaziels eher eine moderate Erhöhung, aber mindestens ist festzuhalten an einer Senkung des CO₂-Ausstoßes um 75 Prozent bis 2030,
- Kein Kraftwerksneubau auf Kohlebasis, keine neuen Tagebaue und deshalb Einstellung der Braunkohle-Planverfahren für neue Tagebaue in Welzow-Süd II und Jänschwalde-Nord,
- Nachhaltige Energieversorgung ohne CCS,
- Keine Braunkohle-Grundlastkraftwerke, weil diese der Wende zu hundertprozentiger Energieerzeugung aus regenerierbaren Energien entgegenstehen (Greenpeace 2012).

In den Differenzen der Brandenburger Landesregierung mit Umweltbewegungen, Bürgerinitiativen und Klimaaktivisten, die gegen neue Kohlekraftwerke und Kohletagebaue protestieren,

spiegeln sich Widersprüche der Realität wider. Das trifft auch für die Differenzen zwischen dem Wirtschaftsminister und großen Teilen der Fraktion DIE LINKE im Landtag zu, die zwischen schnellerem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und Bindung an den Koalitionsvertrag hin und her gerissen ist. Dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister gilt die Braunkohle vor allem als Garant der Energieversorgungssicherheit – ein zweifellos überaus wichtiger Aspekt. Sie ist für Brandenburg eine wichtige Wertschöpfungsbranche. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die international und auch in Deutschland weitgehend ungebrochene Wachstumsorientierung in Brandenburg pfadabhängig mit dem Festhalten unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte an der Braunkohle verbunden ist. Gleichwohl widerspricht dies nachhaltiger Entwicklung, die den Rückbau besonders umweltschädlicher Branchen gebietet (zu Wachstumsproblemen siehe Langfassung: 14–28).

Dies ist ein Kernproblem der Brandenburger Regierungspolitik im Energiebereich: Die Regierung unternimmt Anstrengungen, um einen Vorrang für erneuerbare Energien zu sichern. Aber zugleich kann sie sich nicht mit letzter Konsequenz zu einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung – bis 2030 oder spätestens 2040 – entscheiden. Dieser Widerspruch behindert immer wieder die größtmögliche Förderung der Erneuerbaren. DIE LINKE steht gemeinsam mit den anderen Akteuren für ein nachhaltiges Brandenburg in der Pflicht, diesen Widerspruch durch eine radikale Realpolitik des sozial-ökologischen Umbaus zu lösen.

Welche Interessen stehen hinter den unterschiedlichen Strategien? Das unmit-

telbarste Wachstumsinteresse haben private Unternehmen, die eine Wachstumspolitik funktionsgemäß vor allem vom Wirtschaftsministerium verlangen – darunter nicht zuletzt der Vattenfall-Konzern mit seinen speziellen Kohleinteressen. Umwelt- und klimapolitisch engagierte Kräfte erwarten eher vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz entsprechendes staatliches Handeln, fordern dies aber natürlich auch vom Wirtschaftsministerium. Mit Nicos Poulantzas sind Differenzen und Widersprüche wie in den Auseinandersetzungen um die «Energiestrategie 2030» in ein Verständnis des Staates als «materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen» (Poulantzas 1977: 159) einzuordnen. Poulantzas verwies darauf, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Diskurse in den verschiedenen Staatsapparaten – zum Beispiel Ministerien – in unterschiedlicher Weise verkörpert sind (ebenda: 61). In den verschiedenen Apparaten und Bürokratien werden unterschiedliche politische Felder repräsentiert. Sowohl diese Felder wie die für sie besonders zuständigen Apparate haben eine unterschiedlich große Bedeutung für das gesamte Herrschaftssystem. In Abhängigkeit ferner von den Interessen unterschiedlicher Kapitalfraktionen und von den Interessen alternativer Kräfte, von der Heftigkeit oder Schwäche politischer Kämpfe auf den verschiedenen Feldern und von der Intensität der Betroffenheit der jeweiligen Sachgebiete durch Krisen und andere Probleme «weisen die einzelnen Apparate (Ministerien, Behörden) unterschiedliche und teilweise auch widersprüchliche «Selektivitäten» gegenüber politischen Kräften auf» (Bretthauer 2006: 93). Das heißt, sie sind in unterschiedlichem Ma-

ße politisch druckempfindlich und offen für den Einzug von «Mittlerpersonen» der Interessengruppen in die Apparate selbst. Es geht also um kompliziertere Zusammenhänge als nur um die Eigenheiten von Ministern.

Für ein Wachstum, das noch Jahrzehnte auch die Braunkohleverstromung einschließen soll, wird geltend gemacht, dass Wachstum und Ressourcenverbrauch durch verbesserte Energieeffizienz entkoppelt werden könnten. Die Autoren des renommierten Wuppertal Instituts schrieben über solche Selbsttäuschung: «Eine absolute Entkopplung – also ein eindeutig geringerer Ressourcenverbrauch als gegenwärtig – ist in einem Land wie Deutschland auf Dauer wahrscheinlich nicht mit erheblichem Wirtschaftswachstum vereinbar.» (Wuppertal Institut 2008: 92) Und: «Es wäre tollkühn, nur auf das unbekannte Potenzial von Entkopplung zu setzen.» (Ebenda: 109) Auf endlichen Ressourcen und Senken kann nicht unendliches Wachstum gründen.

In dieser schwierigen Lage bietet sich Wachstumskritikern und Wachstumsbefürwortern eine gemeinsame überaus glückliche Chance. Sie besteht darin, dass einer langfristigen Tendenz zur Wachstumsverlangsamung und zu einer Gesellschaft ohne das herkömmliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts eine mittelfristige Tendenz des «Noch-Wachstums» auf der Basis eines Schubs der Durchsetzung erneuerbarer Energien und anderer Umwelttechnologien entgegensteht. Ein solcher Schub vermag die einem mittelfristigen Ausstieg aus umweltzerstörenden Branchen wie der Braunkohleverstromung folgende Wachstumsdämpfung zu kompensieren. Arbeitsplätze entstehen. Unternehmen-

steuern fließen auf anderer Basis. Eine Atempause wird gewonnen, auch für die Zuwendung zu nachhaltigen Lebensweisen, die an ganz anderen Maßstäben als am Vorrang stoffintensiver Konsumtion orientiert sind.

Ob diese Möglichkeit eines während einer Übergangszeit die Umwelt schonenden Wachstums Wirklichkeit wird, hängt allerdings von einer Bedingung ab. Ein Schub des umwelttechnologischen Strukturwandels bedarf eines erheblichen Finanzeinsatzes, der über die Möglichkeiten von Energiegenossenschaften, Energiedörfern, finanzschwachen Kommunen, kleinen Unternehmen und Hausbesitzern hinausgeht. Die Investitionen werden daher entweder zum großen Teil auf private Unternehmen entfallen. Dann werden sie allerdings durch deren nur eingeschränktes Interesse an der Energiewende nur zögerlich und begrenzt stattfinden. Oder es werden große öffentlich finanzierte beziehungsweise zu günstigen Bedingungen kreditierte Investitionsprogramme aufgelegt, die vor allem Netze in öffentlicher Hand und kommunale Stadtwerke bei demokratischer Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen stärken würden. Die Mobilisierung der Mittel dafür ist aber durch die Austeritätspolitik in Europa, Schuldenbremsen und Präferenzen von Banken und institutionellen Anlegern für Finanzinvestitionen anstelle von Investitionen in Erneuerbare-Energie-Technologien erheblich begrenzt. Eine staatliche Investitionsförderung regenerierbarer Energien in der Verfügung von Trägern, die sich der Macht der Oligopole im Energiesektor entgegenstellen, stößt auf Schranken, die durch die vorherrschende neoliberale Grundorientierung der Machteliten gegeben sind.

Die Finanzierung großer staatlicher sozialökologischer Umbauprogramme wäre angesichts der hohen Staatsverschuldung in Europa und auch in Deutschland nur zum Teil durch höhere staatliche Kreditaufnahmen zu erreichen. Sie müsste nicht zuletzt durch eine gerechte höhere Besteuerung vor allem von Großvermögen und großen Erbschaften erfolgen. Das verweist darauf, dass eine schnelle und konsequente Energiewende weit über bloßen technologischen Wandel hinausreicht. Auf die Tagesordnung gerät aus alternativer Sicht der Einstieg in die Überwindung der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus in der Richtung einer sozialökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Allerdings ist selbst dann, wenn es gelänge, erhebliche finanzielle Mittel in den ökologischen Umbau zu lenken, fraglich, ob die daraus resultierenden Investitionen in eine Nachfrage nach Gütern und Leistungen der Brandenburger Regionen münden würde. Bisher kamen die meisten Investitionsgüter für umweltrelevan-

te Anlagen aus den alten Bundesländern. Auch deshalb bedarf ein sozialökologischer Umbau in Ostdeutschland stärkerer politischer Gestaltung im Gegensatz zu neoliberaler Deregulierung und Privatisierung.

Wie sehr eine konsequente Energiewende dem auf fossilistischen Grundlagen beruhenden Kapitalismus widerspricht, zeigen das Versagen der Klimapolitik der westlichen Welt, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten noch im Jahr 2010 in Deutschland, bevor der öffentliche Druck zum Ausstieg aus der Kernenergie übergroß wurde, aber auch der sehr stockende Verlauf der Energiewende seitdem. Die Resultante dieser Blockierungen auf der einen Seite und der Unausweichlichkeit eines energiewirtschaftlichen Umbaus auf der anderen Seite könnte eine mit erheblichen Abstrichen verbundene Einverleibung der Energiewende in einen grün modifizierten, neoliberalen Kapitalismus sein. Dafür sprechen Impressionen von der Energiepolitik der Bundesregierung und der Europäischen Kommission.

4 DIE AKTEURE

Neoliberal befangen: Bundesregierung und die Europäische Kommission

Sicher haben die rot-grüne und die schwarz-gelbe Regierung die erneuerbaren Energien mehr als viele andere Staaten gefördert. Exemplarisch gilt dies für das von SPD und Grünen auf den Weg gebrachte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Mitte 2011 fasste die Bundesregierung den Beschluss zum Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 und leitete mit einem Bündel von Gesetzen eine Energiewende zu einem beschleunigten Ausbau

der erneuerbaren Energien ein. Deutschland begab sich damit in eine internationale Sondersituation. Die Bundesrepublik stieß das Tor zu einer globalen Energierevolution auf. Aber sie hatte das Tor kaum um einen Spalt geöffnet, als ihre Machteliten geschockt von der potenziellen Tragweite der eigenen Entscheidung darangingen, die eigene Kühnheit in Halbheiten zu ertränken (siehe ausführlicher Langfassung: 36 ff.).

Verfangen in neoliberaler Marktdogmatik und unter dem Druck konventioneller In-

teressen der Energiekonzerne bleibt eine klare politische Führung der hochkomplexen Energiewende aus.

Eine gerechte Steuerpolitik, die Großvermögen, große Erbschaften und hohe Unternehmensprofite zur Finanzierung ambitionierter öffentlicher Investitionen in den Netzausbau und in die Speicherentwicklung mobilisiert, ist nicht in Sicht. Die eingesetzten Instrumente der Klimapolitik, die nicht zuletzt den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung stimulieren müssten, verfehlen bis jetzt ihre Wirkung (BUND 2010: 31; Langfassung: 37).

Das für eine europäische Energiewende wesentliche Vorhaben der EU-Kommission, in ihrer Energieeffizienzrichtlinie eine Verbesserung der Energieeffizienz um ein Fünftel bis 2020 verbindlich festzulegen, wurde vom Bundeswirtschaftsministerium als angeblich planwirtschaftlich zu Fall gebracht.

Auch auf der EU-Ebene ist die Energiepolitik ebenso wie in den einzelnen Mitgliedstaaten in eine marktgetriebene Wachstums- und Expansionsstrategie eingebunden, die in dem Kommissionsdokument «2020. Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum» festgelegt ist (Europäische Kommission, Juni 2010). Sofern das angestrebte Wirtschaftswachstum durch massive Beschneidung der Massennachfrage per Austeritätspolitik blockiert bleibt, wird vor allem den südeuropäischen Schuldnerländern der wirtschaftspolitische Spielraum für den ökologischen Umbau fehlen, ganz zu schweigen vom sozialen Abbau. Wo die Wachstumspolitik dagegen Erfolge hätte, würde sie bei einem Fehlen strukturpolitischer Konzentration auf grüne Branchen Fortschritte der Energie- und Ressourceneffizienz wieder aufzehren

(Langfassung: 39 f.). Eine Lösung ist in der Richtung staatlich geförderter Investitionsprogramme für einen sozial-ökologischen Umbau bei starker Unterstützung der Schuldnerstaaten durch die Exportüberschuss- und Gläubigerstaaten zu suchen. Aber das würde auf ein Verlassen des neoliberalen Entwicklungspfades hinauslaufen.

Der Vattenfall-Konzern

Der mächtigste Akteur in Brandenburg pro Kohleverstromung ist der schwedische Vattenfall-Konzern beziehungsweise seine Tochter, die Vattenfall Europe. Vattenfall ist nach E.on, RWE und EnBW mit 23,275 Milliarden Euro Nettoerlös, 3,316 Milliarden Jahresgewinn und europaweit rund 38.000 Beschäftigten (2010) das viertgrößte Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. 2007 stammten 91 Prozent der Stromerzeugung des Vattenfall-Konzerns in Deutschland aus fossilen Energien (Greenpeace 2008: 4).

Mit der hochgradigen Konzentration auf Kohlekraftwerke in Deutschland gehört der Konzern entgegen seiner Selbstdarstellung als umweltfreundlicher Energieversorger zu den klimaschädlichsten Unternehmen der Bundesrepublik. Jämschwalde ist mit einem CO₂-Ausstoß von 1.200 g/kWh eines der ineffizientesten deutschen Kraftwerke und belegt den Platz 4 in der Liste der klimaschädlichsten Kraftwerke der EU (Greenpeace 2008: 13).

Aber von Vattenfall sind nach Angaben für das Jahr 2007 über 1.400 Zulieferer und Dienstleister in der Lausitzer Region mit mehr als einer halben Milliarde Euro Lieferantenumsatz abhängig. Vattenfall bietet in der Lausitz direkt und indirekt etwa 17.000 Arbeitsplätze (www.ensaver.de/2011/05/die-braunkohle-und-der-kli

maschutz/). Vattenfall ist ein erstrangiger Wirtschaftsfaktor in Brandenburg. Die Brandenburger Wirtschaftspolitik muss dieses wirtschaftliche Schwergewicht des Vattenfall-Konzerns in Rechnung setzen. Experten der Grünen Liga verweisen allerdings darauf, dass eine Verringerung der Beschäftigung in der Braunkohle bedingt durch die Altersstruktur der Belegschaften ohne betriebsbedingte Kündigungen möglich ist und zudem in der alternativen Energieerzeugung neue Arbeitsplätze entstehen.

Die Banken

Banken sind durch Projektfinanzierungen, Kredite, Beteiligungen an Unternehmen des Kohlesektors und durch Investmentbanking Akteure der Energiewirtschaft. Das wird nicht zuletzt durch die Studie «Bankrolling Climate Change» belegt (Schücking/Kroll 2011).

Unter den 93 Banken, deren Kohleengagement untersucht wurde, belegt J. P. Morgan Chase mit einem Kohle-Portfolio von 16,5 Milliarden Euro den Platz 1. Auf Platz 6 liegt mit 11,5 Milliarden Euro die Deutsche Bank. Insgesamt zählen 20 deutsche Banken zu den weltweit 93 Banken mit dem größten Finanzierungsanteil an der Kohlewirtschaft.

Die Banken wirken mehr noch als durch ihr direktes Engagement für fossile Energien auf indirekte Weise langfristigen Strategien des Übergangs zu einer alternativen Energieversorgung entgegen. Auf den Finanzmärkten, die im neoliberalen Kapitalismus in das Zentrum des Marktmechanismus gerückt sind, regiert die Kurzfristigkeit. Milliardengeschäfte in Sekunden und Minuten und die Konzentration auf Großgeschäfte sind das Gebot. Eine weitsichtige Finanzierung einer auf Dezentralisierung beruhenden Ener-

gieewende ist nicht die Sache der großen Finanzakteure. Nicht zuletzt dieser Umstand hat dazu beigetragen, dass sich die großen Konzerne erst mit beträchtlicher Verzögerung den erneuerbaren Energien zuwenden (Langfassung: 41 f.).

Aber wenn Gefahr für den Profit der Banken und Investmentfonds in Verzug ist, ist die Bundesregierung nicht fern. Die staatliche Förderbank KfW hat ein günstiges Kreditprogramm mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro für Offshore-Windparks aufgelegt. Zudem garantiert die Bundesregierung für Offshore-Windstrom über zwölf Jahre sichere Einspeisegebühren von 0,15 Euro oder von 0,19 Euro für acht Jahre, während gleichzeitig die Einspeisevergütung für Onshore-Windstrom, Fotovoltaikstrom und Strom aus Biomasse abgesenkt wird. Darauf gestützt ist der US-Investor Blackstone in die Finanzierung des 1,2 Milliarden Euro schweren Offshore-Projekts Meerwind in der Nähe von Helgoland eingestiegen. Andere Private-Equity-Unternehmen investieren in die Offshore-Projekte Gode Wind II und Borkum Riffgrund I. Die Investoren rechnen mit Renditen von 15 bis 20 Prozent beim Weiterverkauf der staatlich geförderten Projekte (*Financial Times Deutschland*, 12.3.2012). So zeichnet sich ab, dass sich Banken, Investmentfonds und Konzerne nach langer Verzögerung einer Energiewende nun diesem neuen Feld der Kapitalakkumulation unter Einsatz vieler Milliarden zuwenden.

Die Deutsche Bank beispielsweise wirkt als ein Hauptakteur des Konsortiums Desertec Industrial Initiative, in dem zunächst etwa 20 deutsche und internationale Konzerne vereint sind, um mit einem – voraussichtlich viel zu niedrig kalkulierten – Aufwand von rund 400 Mil-

liarden Euro Solarstrom in Nordafrika zu erzeugen und überwiegend nach Europa zu liefern. Die Deutsche Bank übernimmt damit Koordinierungs- und Finanzierungsfunktionen bei der Konstituierung eines extremen, privaten Machtmonopols, das einerseits einen Sprung in der Bereitstellung von Sonnenenergie verheißt, andererseits aber nach Auffassung vieler Kritiker einer dezentralen, demokratisch von unten getragenen sozialökologischen Energiewende in Europa und Afrika entgegensteht.

Es ist noch nicht entschieden, ob es gelingen wird, die dezentrale Verfügbarkeit erneuerbarer Energien, die dezentralen Potenziale für bessere Energieeffizienz und die Möglichkeiten der Energieeinsparung in den Lebensweisen von Millionen tatsächlich für eine dezentrale Struktur der künftigen Energiewirtschaft in einem ausgewogenen Verhältnis zu notwendigen zentralen Strukturen auszuschöpfen, oder ob die großen Energieerzeuger die alternativen Energietechnologien weitgehend ihren zentralistischen Machtstrukturen einverleiben werden.

Dieses Spannungsfeld wird nicht erkennbar, wenn in der «Energiesstrategie 2030 des Landes Brandenburg» die Systemintegration der erneuerbaren Energien – als «Einbindung in das bestehende System» verstanden (Ministerium für Wirtschaft 2012: 31, 33) – zur gravierendsten Herausforderung der Energiewende erklärt wird. Allein technologisch betrachtet erfährt das Energiesystem durch den Übergang zu erneuerbaren Energien schon eine einschneidende Umwälzung. Die Netzstruktur etwa wird dadurch tief greifend verändert. Das Stromnetz muss flexibler und «intelligenter» werden, um trotz der Schwankungen in der Erzeu-

gung regenerativer Energien und ebenfalls wechselnder Nachfrage mittels hochentwickelter Kommunikations- und Steuerungstechnologien und gestützt auf teilweise erst zu entwickelnde Speichertechnologien die Energie stabil dort anzubieten, wo sie benötigt wird. Die Versorgung aus verbrauchernaher Energieerzeugung muss mit überregionalem und internationalem Ausgleich effizient kombiniert werden. Intelligente Netze können in begrenztem Maße auch die Energienachfrage an das Energieangebot angleichen.

Der systemische Umbruch reicht jedoch über diese bereits extremen technologischen und organisatorischen Strukturen hinaus. Das «bestehende System» ist durch oligopolistische Macht, private Netzstrukturen, starken Bankeneinfluss, erdumspannende Transportinfrastrukturen und lange Kapitalumschlagzeiten mit strukturkonservativen Wirkungen gekennzeichnet. Die Brandenburger Energiepolitik ist Teil der Auseinandersetzung mit dieser Systemdimension. Linke Politik muss ihre Konsequenz daran messen lassen (Scheer 2010: 5–60). Aber vielen beteiligten Akteuren erscheint es oft so, als ginge es «nur» um andere Technologien.

Alternative Akteure

Auf dem Feld der Energiepolitik wirkt ein großes Spektrum alternativer Akteure, das von der Anti-AKW-Bewegung bis zu den Initiativen von Energiedörfern reicht, die ihre eigene Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Umweltschutzorganisationen wie der BUND, Greenpeace, die Klima-allianz deutschland, die Grüne Liga/ Netzwerk ökologischer Bewegungen, das internationale Netzwerk Climate Justice Now und gegenstromberlin orga-

nisieren den Widerstand gegen die herrschende Energie- und Klimapolitik, die die Kernenergie unverantwortlich lange massiv förderte, die mittels CCS auf die Endlagerung von CO₂ in der Erde zielt und die Kohleverstromung nach wie vor begünstigt. Dieser Widerstand reicht von der Bereitstellung wissenschaftlicher Gutachten für die Akteure einer alternativen Klima- und Energiepolitik (z. B. Greenpeace 2007; BUND 2009) über die aktuelle öffentliche Kritik an Konzepten, die politisch für eine Verlängerung der Braunkohleverstromung genutzt werden könnten (z. B. Grüne Liga 2011), bis zur Organisation konkreter Protestaktionen. Das internationale Netzwerk Climate Justice Now nimmt angesichts der Misserfolge und der Sackgassen von Versuchen, auf UN-Weltkonferenzen globale Vereinbarungen für eine klimapolitische Wende zu treffen, Kurs auf die «Artikulation klar identifizierbarer antagonistischer Positionen sowie Aktionsformen» (Kaufmann/Müller 2009: 188 f.). «Wir werden die Auseinandersetzungen nicht nur in den Klimaverhandlungen führen, sondern auch auf der Straße, um dort wirkliche Lösungen (für den Klimawandel) voranzutreiben.» (www.carbonradewatch.org/; Langfassung: 47)

Akteuren einer radikalen Realpolitik fällt eine wichtige Rolle in den Klima- und Energiekämpfen zu. Sie ist auch darin begründet, dass Alternativen auf diesem Feld Macht-, Eigentums- und Verfügungsstrukturen angreifen und verändern müssen. Deshalb enthalten bei-

spielsweise die energiepolitischen Thesen von gegenstromberlin Forderungen nach einer Vergesellschaftung der Energieversorgung, nach der Stärkung von Stadtwerken und basisdemokratisch organisierten Energiegenossenschaften, gegen Energiearmut und für «Energiedemokratie JETZT» (gegenstromberlin 2011; Langfassung: 47 f.).

Eine wichtige bündnispolitische Aufgabe besteht darin, die unverzichtbare Radikalität von Forderungen in die Kooperation und in gemeinsame Aktionen mit eher gemäßigten energiepolitischen Bewegungen und Initiativen einzubringen (Klein 2009: 214-235).

Energiepolitische Kämpfe haben ein weites Formenspektrum. Sie reichen von spektakulären symbolischen Aktionen im Umfeld von Weltklimakonferenzen, vom Schottern und anderen Formen des zivilen Ungehorsams und Widerstands gegen Castorent Transporte bis zur Bewegung von Dorfgemeinschaften, die ihren eigenen Strom- und Wärmebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Sie umfassen unverzichtbar auch den Kampf auf parlamentarischer und Regierungsebene um Entscheidungen, Gesetze und Regelungen für eine sozialökologische Energiewende und den außerparlamentarischen Kampf, der dies erzwingt und solcher Wende in der Praxis Leben verleiht. Eine emanzipatorische Linke wird jedoch dafür wirken, die technologische Seite der Energiewende als die Basis eines umfassenderen gesellschaftlichen Wandels zu entwickeln.

5 ENERGIEPOLITIK IM VIERECK EINER ZEITGEMÄSSEN LINKEN ERZÄHLUNG

Linke Energiepolitik kann zu einem zentralen Feld alternativer Entwicklung werden, wenn es ihren Akteuren gelingt, den Bezug dieses Politikfeldes zu den Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts und einer modernen linken Erzählung davon herzustellen (Klein 2011).

Eine linke Erzählung handelt vom Zusammenhang weniger zentraler Leitgedanken, die auf eine sozialökologische Transformation der Gesellschaft zielen, die im real Machbaren und im Raum realitätsnaher Visionen zugleich angesiedelt sind und die einer emanzipatorischen Erzählung Faszination und hegemonale Kraft verleihen. Sie ist nicht als ideologische Vorgabe eines selbst ernannten Hauptakteurs für den Rest der Beteiligten zu verstehen. Sie ist vielmehr ein offener Versuch, viele einzelne Erzählungen der Menschen von ihren Sorgen und Träumen aufzunehmen und zu verdichten. Von Erzählung ist die Rede auch deshalb, weil sich ein so entstehendes linkes Projekt eben leicht von vielen als ihr Gemeinsames erzählen lassen muss – aus ihren jeweils verschiedenen Sichten heraus.

Gegen die Möglichkeit und Wirkungspotenz einer solchen Erzählung wird in Diskussionen eingewendet, dass alternatives Handeln aus ganz verschiedenen Konflikten entsteht, unter unterschiedlichen Bedingungen, häufig ganz unvorhergesehen, diskontinuierlich, plötzlich und ohne sichtbaren Zusammenhang in der Vielzahl von Anlässen zu Aktionen. Doch das schließt Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten in der Fülle der Konstellationen, Ereignisse und Kämpfe nicht aus, die erst mit einer Erzählung

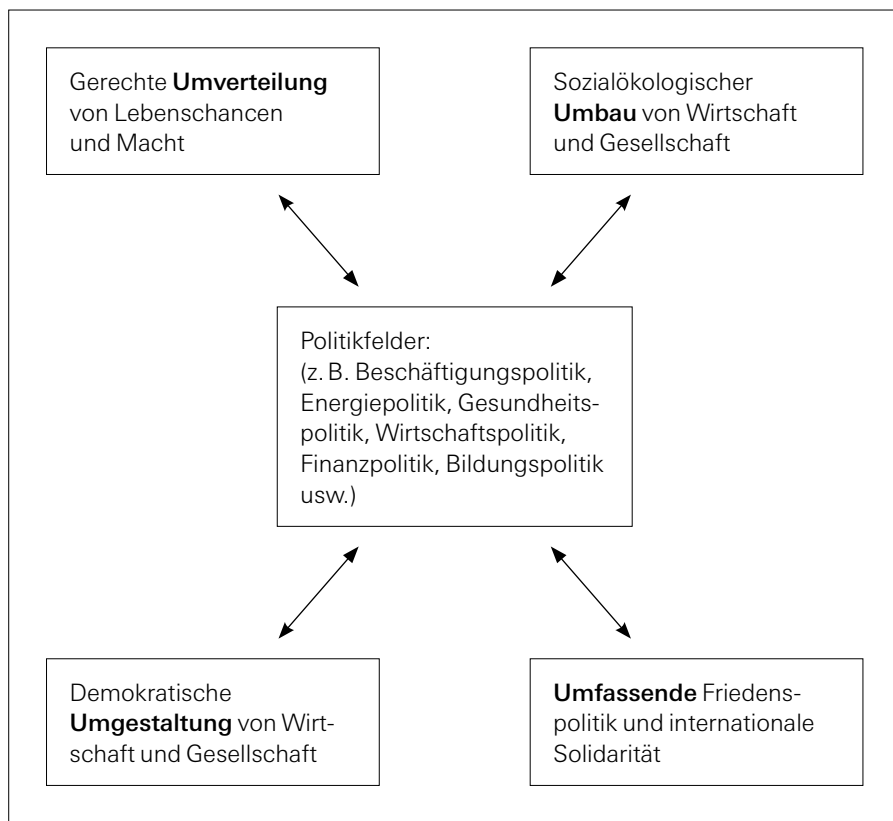
über eben diese übergreifenden Fragen in das Bewusstsein der Beteiligten gehoben werden.

Die Politik auf einzelnen Politikfeldern erhält durch das Herausarbeiten ihres Zusammenhangs mit den Leitideen einer solchen Erzählung erst den gesellschaftlichen Inhalt, der sie als linke, das heißt emanzipatorische Politik über bloße Fachspezifik hinaushebt. Vier Kapitel einer modernen linken Erzählung ließen sich aufschlagen, die miteinander das Bild eines Vierecks, das heißt die Koordinaten ergeben, die für jede konkrete Politik auf verschiedensten Feldern und natürlich auch für die Energiepolitik einen unverkennbar emanzipatorischen Zusammenhang ergeben. (Siehe Seite 18)

Leitidee 1: Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht – auch in der Energiewende

In welcher Sphäre der Gesellschaft auch immer – überall sind die Lebenschancen ungerecht verteilt: Bildung, Geld, Einkommen, Vermögen, Zugang zu Gesundheitsleistungen, Arbeit, Information und Teilhabe an Kultur. Auf welchem Politikfeld auch immer – linke Politik zielt auf mehr Gerechtigkeit. Das gilt auch für die Energiewende. Das Jahrhundertunternehmen Energiewende wird nicht ohne enorme Kosten zu haben sein. Die Mittel dafür werden nur durch Umverteilung aufzubringen sein. Die Superreichen in Europa mit einem Vermögen von mehr als 30 Millionen US-Dollar verfügen zusammen über 10,2 Billionen reines Finanzvermögen, während 80 Millionen Europäer unterhalb der nationalen Armutsgrenzen leben (Capege-

Die «vier U» einer modernen linken Erzählung von der freien Entfaltung einer und eines jeden



mini/Merrill Lynch 2011: 4; Europäische Kommission 2010: 12). Energiewende und gerechte Umverteilung müssen zusammen durchgesetzt werden. Aber gegenwärtig sind die Kosten dieser Wende eindeutig ungerecht verteilt (Rieseberg/Wörten 2012). Beispielsweise sehen die gesetzlichen Regelungen bei der Erhebung der Ökosteuern, der Netzentgelte, der Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und für den CO₂-Emissionshandel Befreiungen oder

Ermäßigungen für energieintensive Industrien über ein nachvollziehbares Maß hinaus und zudem ohne staatliche Vorgaben zur Steigerung der Energieeffizienz als Ausgleich für diese Befreiungen vor. Die Mehrbelastungen durch diese Sonderregelungen tragen die privaten Haushalte und andere Industrieunternehmen in Gestalt höherer Stromtarife in der Größenordnung von 2,7 Milliarden Euro und von 6,5 Milliarden Euro höheren Steuern im Jahr 2012 (ebenda).

Für alternative Akteure der Energiewende bedeuten diese und andere Seiten ungleicher Energiepolitik, für eine gerechte Verteilung der Lasten und Gewinne des Übergangs zu nachhaltiger Energieversorgung einzutreten (Langfassung: 51 f.):

- Gerechtigkeit bei der Ausgestaltung von Umlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz: Begrenzung der Privilegierung der stromintensiven Industrien bei der Erhebung von Umlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und bei der Ökosteuern, um die dadurch erzielbaren Einnahmen für die soziale Absicherung der Energiewende einsetzen zu können.
- Einführung von Sozialtarifen für einkommensschwache Haushalte bei der Gestaltung der Strompreise, damit die Energiewende nicht zu Energiearmut führt. Aber gegenwärtig wird in Deutschland jährlich bis zu 800.000 Haushalten der Strom gesperrt.
- Staatliche Unterstützung von Beziehern niedriger Einkommen beim Kauf stromsparender Geräte. Denn Haushalte mit Niedrigeinkommen geben nach Angaben des Bundes der Energieverbraucher bereits rund zehn Prozent ihres Monatseinkommens für Haushaltsenergie aus.
- Staatliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung in Höhe von fünf Milliarden Euro im Jahr, um in Verbindung mit anderen Regelungen eine unsoziale Abwälzung von Sanierungskosten auf die Mieter zu verhindern.

In der Brandenburger «Energierategie 2030» wird diesen und anderen sozialen Dimensionen der Energiewende leider nur geringe Aufmerksamkeit entgegengebracht. Auch der Verbesserung der in vielen Unternehmen der alternativen Energiebranche keineswegs zufrieden-

stellenden Arbeitsbedingungen wird in dem beschlossenen Strategiekonzept kein nennenswerter Raum eingeräumt. Das ist auch die Kritik des DGB Brandenburg im Rahmen seiner grundsätzlichen Zustimmung zum Gesamtkonzept.

Eine ungerechte Verteilung von Kosten und Gewinnen der Energiewende ist in hohem Maße Ausdruck der Eigentumsverhältnisse. In der Brandenburger Energiewirtschaft überwiegt privates Kapitaleigentum (Becker/Gailing/Naumann 2012; Langfassung: 20 f.). Umverteilung von Macht und gerechte Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen könnten im Energiesektor unter anderem durch folgende Schritte bewirkt werden, die die Oligopolstellung der großen Energieversorgungsunternehmen schwächen würden:

- Realisierung milliardenschwerer öffentlich finanziert bzw. kreditierter Investitionsprogramme in erneuerbare Energien und andere grüne Technologien auf der Grundlage von öffentlichem bzw. kommunalem Eigentum und zur Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge.
- Überführung der großen Stromübertragungsnetze mit dem Charakter eines natürlichen Monopols in öffentliche Netzgesellschaften, um die trotz des Erneuerbare-Energien-Gesetzes noch wirksamen Behinderungen oder Verzögerungen des Zugangs zum Netz zu beseitigen und die großen Gewinne der Netzbetreiber für Gemeinwohlzwecke einsetzen zu können.
- Übertragung der Koordinierungsaufgaben für den Stromnetzmarkt von der Strombörse auf öffentliche Netzgesellschaften, die als Betreiber der Übertragungsnetze an der Schnittstelle zwischen Stromerzeugung und stabiler

Stromversorgung wirken (DIE LINKE, Bundestagsfraktion, 2012).

- Mittelfristig Begrenzung der Erzeugungs- und Netzkapazitäten von Unternehmen durch ein Entflechtungsgesetz (Witt 2010).

In der Brandenburger Energiepolitik sollte geprüft werden, wie neben der Fortexistenz von Kapitaleigentum gemeinwohlorientierte Eigentumsformen gestärkt werden können. Die Förderung der Energiewende durch die Landesregierung zielt zwar auf die Stärkung dezentraler Eigentumsformen, ist aber gegenwärtig mehr auf die Stützung von Privatunternehmen als auf gemeinschaftliches Eigentum orientiert (Langfassung: 26). In wichtigen Strategiepapieren der Landesregierung wird zwar die Notwendigkeit öffentlicher Daseinsvorsorge hervorgehoben. Aber ihr Wissenschaftlicher Beirat stellt zur öffentlichen Daseinsvorsorge kritisch fest, «dass die bisherige Landespolitik [...] aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung zu kurz greift und den genannten Herausforderungen nur bedingt gerecht wird» (Wissenschaftlicher Beirat 2010: 10).

In der weiteren Arbeit an der Brandenburger Energiestrategie und deren Umsetzung sollte also einer gerechten Umverteilung von Lebenschancen und der Veränderung der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse hin zu einem ausgewogenen Mix der Eigentumsformen größeres Gewicht zukommen.

Leitidee 2: Energiewende als Kern eines sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft

Spätestens seit dem Bericht des Club of Rome «Grenzen des Wachstums» aus dem Jahr 1972 ist mehr und mehr rund

um die Erde in das öffentliche Bewusstsein getreten, dass es keine Lösung der sozialen Frage ohne die Lösung der ökologischen Frage und umgekehrt geben wird. Hier ist nur hervorzuheben, dass eine alternative Energiepolitik tatsächlich als ein Grundbestandteil des gesamten sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft verfolgt werden muss, der über die Energiewende hinausgeht. Der veränderte Umgang mit dem Energieverbrauch ist beispielsweise Teil eines einschneidenden Wandels der Lebensweisen (Langfassung: 23 f.). Die Energiewende wird sich nur dann umfassend vollziehen, wenn sich ein kulturell-mentaler Wandel in der Gesellschaft durchsetzt (Langfassung: 24). Die starke Betonung von Umweltbildung, öffentlicher Aufklärung und Weiterbildung in Brandenburger energie- und klimapolitischen Konzepten entspricht diesem Zusammenhang, ist aber nur ein kleiner Teil der vor uns liegenden kulturellen Revolution.

Die Energiewende ist eine Haupttrichtung des Bruchs mit einer Wachstumsgesellschaft, die blindlings und teils auch sehend in Umweltkatastrophen, also in Katastrophen für das menschliche Dasein hineinführt. Die Energiewende stößt zusammen mit der anstrengungsreichen Zuwendung zur Bewahrung der Artenvielfalt und mit weiteren Dimensionen der Rettung der Biosphäre das Tor zu einer anderen Gesellschaft auf, die wieder Frieden mit der Natur schließt. Die Energiewende befreit von der bedrohlichen Aussicht auf die Erschöpfung der Energiequellen. Sie ist damit ein wesentliches Terrain menschlicher Sicherheit. Sie ist ein Feld voller Chancen, für die es sich lohnt zu wirken. Eine Linke, die Hegemonie anstrebt, muss die Zukunft «beset-

zen». Die Energiewende ist ein zentrales Zukunftsfeld.

Leitidee 3: Demokratische Umgestaltung – Bestandteil auch der Energiewende

Eine Erzählung der Linken von einer besseren Welt wird nur dann zu lebendiger Realität werden, wenn es gelingt, einen elementaren Widerspruch zu lösen: den Widerspruch zwischen dem Gefühl von Mehrheiten, in einer ungerechten Welt und in einer ganz unzureichenden Demokratie auf dem Weg in die Zerstörung der eigenen natürlichen Existenzgrundlagen zu leben, und dem Verharren in den festgefahrenen Verhältnissen trotz des Wissens um ihre immanenten Gefahren. Die Lösung dieses Widerspruchs heißt Empowerment, Selbstermächtigung der einzelnen zur Mitbestimmung über die wichtigen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Lösung heißt partizipative Erweiterung der repräsentativen Demokratie und Ausweitung der Demokratie auf die Wirtschaft. Dies erfordert, dass von Politiker und Verwaltungen beteiligungsfreundliche Verfahren, Gremien und öffentliche Räume formell gesichert werden, aber auch, dass diese Möglichkeiten ausgeschöpft und von den zivilgesellschaftlichen Akteuren selbst erweitert und gestaltet werden.

Auch kommunale Stadtwerke realisieren nicht selten ungerechtfertigt hohe Energiepreise, verhalten sich in vielen Fällen wie private Marktakteure und versuchen beispielsweise, ihre Kosten zulasten der Arbeitsbedingungen zu senken. Gegen solche Tendenz ist der Einfluss der Beschäftigten und der Bürgerinnen und Bürger von Kommunen auf die Durchsetzung erneuerbarer Energien und verbesserter Energieeffizienz und auf die

Entwicklung der Stadtwerke von Energieversorgern zur Energiedienstleistern, aber auch auf angemessene Löhne, Arbeitsbedingungen, Gewinnverwendung und die Mitbestimmung im Unternehmen zu stärken.

In Dörfern, die für eine eigene Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien sorgen, sollte dies ebenfalls nicht allein die Angelegenheit des Bürgermeisters und einzelner initiativreicher örtlicher Unternehmer sein. Die Kombination unterschiedlichster regenerativer Energien, die Kopplung von Strom- und Wärmeversorgung, der sparsame Energieverbrauch in den Haushalten und die Verwendung möglicher Gewinne für soziale Aufgaben in der Gemeinde bedürfen des Mittuns und der Mitentscheidung der Dorfbewohner.

Lösungen im Streit um örtliche Projekte der Energiewende und Trassenführungen sind nur durch eine Bürgerbeteiligung möglich, die Bildungsarbeit, bestmögliche Information, Einsicht in Problemlagen und größere Zusammenhänge, wechselseitige Berücksichtigung von unterschiedlichen Interessen und kommunikative Aushandlung von Interessenkonflikten einschließt.

Partizipative Demokratie ist aber auch für Entscheidungen geboten, die auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene fallen. Ob ein mittelfristiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040 sein soll oder ob Vattenfall mit einem neuen Kraftwerk in Jämschwalde diesen Ausstieg um Jahrzehnte hinausschiebt, gehört zu den Fragen, die auch in Demonstrationen und anderen Widerstandsaktionen, in Klimacamps, medialen Diskursen und politischen Kampagnen entschieden werden. Energiedemokratie auf allen Ebenen ist das Gebot (Langfassung: 55).

Leitidee 4: Energiewende als Teil umfassender Friedens- und Sicherheitspolitik und globaler Solidarität

Michael Schumann schrieb im Rahmen des Diskurses über das erste Grundsatzzprogramm der damaligen PDS:

«Der Dreh und Angelpunkt des Gesamtentwurfs wie der spezifischen Programmfragen ist der globale Politikansatz, das heißt das Ausgehen von dem unser Zeitalter prägenden existenzgefährdenden Zustand der Weltzivilisation.» (Schumann 1992: 69)

Eine moderne linke Erzählung handelt nicht zuletzt davon, wie das 21. Jahrhundert dem Menschheitstraum vom Frieden auf der Erde entsprechen könnte. Eine Energiewende hat auch zu dieser Dimension eines alternativen Gesellschaftsprojekts und der Erzählung davon einen engen Bezug. Sie kann in eine friedenssichernde internationale Solidarität bedeutende Potenziale einbringen.

Die Geschichte kapitalistischer Expansion ist in hohem Maße die Geschichte der Eroberung von Ressourcen rund um die Erde durch die kapitalistischen Zentren. In den Militärdoktrinen der USA, der NATO, Russlands und auch der Bundesrepublik wird der Zugang zu strategischen Ressourcen als Sicherheitsinteresse der jeweiligen Mächte definiert, dem auch der mögliche Einsatz von Streitkräften zu dienen habe. In den Golfkriegen, im Irakkrieg und im Krieg in Afghanistan, das als Transitland für Öl aus den transkaukasischen Staaten Bedeutung hat, ging und geht es nicht zuletzt immer um Öl.

Der Weltkonflikt zwischen der Neige gehenden Ressourcen und weltweit wachsendem Bedarf führt zu wachsenden Rivalitäten um die noch vorhandenen fossilen Energiereserven (Scheer 1999: 104 ff.). Absehbar sind massive Preis-

steigerungen als Folge von Verknappungen und Rückgriffen auf schwerere und nur teurer erschließbare Vorkommen (schwere Öle, Teersand, Ölschiefer und Ölvorkommen in großen Meerestiefen und Polargewässern). Das wird die armen Länder besonders belasten und weitere soziale Konflikte auslösen, die wiederum nicht selten auch in militärischen Formen ausgetragen werden. Je länger am Fossilismus festgehalten wird, desto mehr ist die internationale Sicherheit bedroht. Die fossilistische Energiewirtschaft ist ein erdumspannendes und mit gefährlichen militärischen Spannungen verbundenes System.

Fortschritte in Brandenburg zur Abkehr von fossilistischen Strukturen sind daher keine landesinterne oder allein bundesdeutsche Angelegenheit. Sie sind Teil einer Transformation, in der es nicht zuletzt um eine Minderung militärischer Risiken geht. Auch das gehört zu den orientierenden Werten einer Hinwendung zu den erneuerbaren Energien, deren weltweite Verfügbarkeit ihre militärische Sicherung ad absurdum führt.

Eine nachhaltige Energiewende ist auch in anderer Weise mit einer umfassenden oder komplexen Sicherheitspolitik verbunden. Die Armut in vielen Erdregionen gebiert Gewalt bis zu militärischen Konflikten. Zu dieser Armut gehört die Energiearmut eines großen Teils der Bevölkerung (Scheer 2010: 217 ff.). In den meisten Entwicklungsländern lebt ein großer Teil der Bevölkerung auf dem Lande und ist durch das Fehlen großer Leitungsnetze von der Energieversorgung weitgehend ausgeschlossen. Die Investitionskraft wird nicht zuletzt durch Energieimporte absorbiert und reicht für die Vernetzung der riesigen ländlichen Räume nicht aus (ebenda).

Der Umstand, dass in den Entwicklungsländern große Räume noch nicht von den Strukturen eines konservativen Energiesystems überzogen sind, birgt allerdings eine Chance für die Verbreitung erneuerbarer Energien, für ihre Erzeugung mit relativ geringem Investitionsaufwand in kleinen dezentralen Anlagen ohne landesübergreifende Netze. Ein solcher Weg zur Überwindung der Energiearmut ist zugleich ein Beitrag für eine alternative Entwicklungspolitik und zur Konfliktminderung in der sogenannten Dritten Welt. Erforderlich ist, dass die Weltbank, aber auch Deutschland und andere Industrieländer Investitionen in fossile Großprojekte in Entwicklungsländern einstellen und stattdessen die Kooperation auf die Durchsetzung erneuerbarer Energien konzentrieren.

Eine solare Energiewende ist ferner in anderen Zusammenhängen zugleich friedensfördernde Politik. Sie steht im Zentrum einer Klimapolitik zur Abwendung einer Klimakatastrophe. Der weitere Klimawandel bedroht Leben und Gesundheit von Hunderten Millionen Menschen. Im Sudan ist zudem bereits zu beobachten, dass der Klimawandel Migrationsströme auslöst, die ihrerseits zu militärischen Konflikten beitragen. Energiepolitik ist als Klimaschutzpolitik zugleich Sicherheitspolitik.

Deshalb ist ein wichtiges Moment der Energiekämpfe in Brandenburg, dass Akteure dort durch Treffen wie in Klimacamps und fortdauernd über das Internet einen Bezug zu internationalen Energiekämpfen haben (Langfassung: 57 f.).

Zusammenfassend gilt: Linke Energiepolitik muss stets mehr als begrenzte Fachpolitik sein. Die Anforderungen an sie sind gesetzt durch ihre Stellung in Zusammenhängen, die hier als Viereck ei-

ner zeitgemäßen linken Erzählung von einer emanzipatorischen sozialökologischen Transformation gekennzeichnet werden.

Natürlich steht nicht der Sozialismus vor der Tür. Aber die «vier U», die Leitideen einer zeitgemäßen linken Transformationspolitik, sind aus dialektischem Stoff gestrickt. Das heißt, ihre Verwirklichung umschließt Veränderungen mitten in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ist doch zugleich gegen die sie heute prägende Dominanz des Profits und darauf beruhende Herrschaftsverhältnisse gerichtet.

Eine gerechte Umverteilung von Lebenschancen ist gewiss eine unaufschiebbare Aufgabe unter den gegebenen Bedingungen. Eine solidarisch orientierte Transformation ist schon im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaft überfällig. Aber wer könnte bestreiten, dass dies an den Macht-, Verfügungs- und Eigentumsverhältnissen rührt, dass umfassende Gerechtigkeit zu einer Transformation über den Kapitalismus hinaus tendiert?

Auch der sozialökologische Umbau ist eine gegenwärtige Aufgabe innerkapitalistischer Transformation. Aber wer wollte angesichts ungebrochener Erwärmung der Erdatmosphäre und andauernder Zerstörung der Artenvielfalt ernsthaft bezweifeln, dass ein genügend tief greifender Wandel Elemente und Tendenzen einschließen muss, die dem Kapitalismus fremd sind, Elemente einer großen Transformation zu einem demokratischen grünen Sozialismus?

Eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft ist ebenfalls eine transformatorische Tendenz, die bereits in den gegenwärtigen Kämpfen um mehr Teilhabe und Transparenz steckt. Aber eine radikal partizipative Demokratie wider-

spricht dem bestimmenden Einfluss von Banken, Energiekonzernen und anderen Zentren monopolistischer Macht auf die Politik. Sie wird nur in Kämpfen um die Kontrolle, Regulierung und Einschränkung dieser Macht erfolgreich sein. Auch eine partizipative Erneuerung der Demokratie ist also ein Grundprozess progressiver Transformation im Kapitalismus wie zugleich der Beginn einer großen Transformation über den Kapitalismus hinaus. Friedenssicherung und neue Dimensionen internationaler Solidarität sind gleichfalls unaufschiebbare Aufgaben in der heutigen Gesellschaft. Aber sie sind nur gegen geopolitische Machtinteressen unter Einsatz militärischer Mittel, nur gegen globale Verdrängungskonkurrenz durchzusetzen. Das bedeutet ein Hin-einholen demokratisch-sozialistischer Prinzipien und Strukturen schon in die innerkapitalistischen Transformationsprozesse.

Kurz, aus der dialektischen Natur der entscheidenden Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten folgt das Konzept einer doppelten Transformation. Die Dringlichkeit vieler Großprobleme gestattet keinen Aufschub. Sie sind mitten in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften durch deren Transformation zu bearbeiten. Aber Grundstruktu-

ren des Kapitalismus stehen ihrer Bewältigung entgegen. Im Maße ihrer Lösung müssen daher dem Kapitalismus fremde, ihrer Natur nach demokratisch-sozialistische Elemente an Gestalt gewinnen. Auf solche Weise schiebt sich in eine sozial-libertäre Transformation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften der Beginn einer zweiten großen Transformation zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft in Einklang mit der Natur hinein, die als demokratischer grüner Sozialismus bezeichnet werden kann. Das ist der Grundgedanke des Konzepts einer doppelten Transformation.

Die Partei DIE LINKE wendet sich dieser Perspektive bisher nur sehr zögerlich zu. Doch zu erinnern ist an Michael Schumanns Überlegung:

«Eine Partei braucht gemeinsame Grundüberzeugungen. Ohne den permanenten Dialog unter uns und mit anderen über unsere Geschichte und unsere Ziele gerät der innerparteiliche Pluralismus zum politischen und ideologischen Partikularismus unterschiedlicher Fraktionen und Gruppen, die nicht mehr gemeinsame Überzeugungen weiter entwickeln, sondern nur noch zur Wahrung vermeintlicher Besitzstände miteinander ‹verhandeln› wie misstrauische Emissäre konkurrierender Mächte.» (Schumann 1995: 107)

6 TECHNOLOGISCHE UMWÄLZUNG ALLEIN ODER CHANCE DES EINSTIEGS IN EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION?

Die abschließende Frage in einer Zusammenfassung der Überlegungen im hier vorliegenden Beitrag lautet, ob eine reale Chance besteht, in der Brandenburger Energiepolitik den technologischen Um-

bruch mit Prozessen einer doppelten demokratischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Transformation zu verbinden. Gravierender Wandel ist angesichts von tiefen Krisen und

ungelösten Großproblemen so oder so unumgänglich. Die Frage ist, in welcher Richtung er erfolgen wird.

Im Bericht des Netzwerkes und des Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung «Lage in Ostdeutschland» aus dem Jahr 2006 beispielsweise wird diese Frage behandelt und mit der Frage nach Möglichkeiten für einen neuen Anlauf zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands verknüpft. So werden «Regenerative Energien [als] Ausgangspunkt für die Suche nach einem neuen wirtschaftlichen und sozialen ökonomischen Entwicklungstyp» angesehen (Netzwerk/Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung 2006: 11; Langfassung: 61 f.). Als Chancen in der ostdeutschen Energiewirtschaft für einen Transformationsprozess jenseits der Fortsetzung des «Nachbaus West» werden unter anderem genannt:

- Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und -suffizienz bieten einen Wachstumsmarkt, der im Unterschied zu den meisten anderen Branchen noch nicht weitgehend von übermächtigen Konkurrenten besetzt ist.
- Anders als in anderen Branchen bieten das Energieeinspeisegesetz beziehungsweise das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit langfristigen Vergütungsgarantien eine verlässliche gesetzliche Grundlage auch für kleine Investitionen.
- Die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist im Energiebereich nicht zwangsläufig von vornherein ein Wettbewerbsnachteil, sondern ermöglicht Erfahrungen, die in eine dezentrale Energieerzeugung und -versorgung eingebracht werden können.
- Die ausgedehnten Landwirtschaftsflächen in Nordostdeutschland und die

hochproduktiven landwirtschaftlichen Großbetriebe mit ihrer beträchtlichen Lieferfähigkeit sind günstige Bedingungen für eine Energiewirtschaft neuer Art. Für Biokraftstoffe ist Ostdeutschland heute schon der führende Standort in Europa. Allerdings ist kritisch festzuhalten, dass die Grenzen ökologischer Vernunft überschritten werden, wenn die Energieerzeugung aus Biomasse den Vorrang der Nahrungsmittelerzeugung bedroht oder gar auf dem Import von Biomaterial beruht.

- Die zum Teil aus der Not ostdeutscher Schwierigkeiten geborenen Ansätze für lokale und regionale Kreisläufe bieten Anknüpfungspunkte auch für eine dezentrale Energiewirtschaft.
- Die relativ geringen Investitionen in dezentrale Energieerzeugungsanlagen und -netze können meist aufgebracht werden, ohne von externen Investoren abhängig zu sein.

Auch die Autoren des Buches mit dem doppelbödigen Titel «Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs» heben günstige Bedingungen Ostdeutschlands für eine Energiewende hervor (Keppler/Schröder/Nölting 2011: 23,30). Die Autorengruppe verweist jedoch auch auf ungünstige Voraussetzungen in Ostdeutschland, die nach ihrer Erwartung zwar eine «Energiewende im Sinne eines sozio-technischen Regimewechsels» (ebenda: 236 f.) und vielleicht sogar eine Vorreiterrolle Ostdeutschlands für eine Energiewende zulassen, aber gegen die Möglichkeit sprechen, dass diese Energiewende Anstoß für weitreichende gesellschaftliche Transformationsprozesse werden könnte. Zu diesen ungünstigen Bedingungen zählt die Gruppe vor allem, dass Ostdeutschland keine breite Technologieführer-

schaft im Bereich erneuerbarer Energien besitzt. Dieser Aspekt wird übrigens im Entwurf der «Energiestrategie 2030» des Brandenburger Wirtschaftsministeriums optimistischer eingeschätzt (Ministerium für Wirtschaft 2011: 27–30). Eine so wichtige Differenz bedarf sicher genauerer Überlegungen. Ferner wirkt die schwache Kapitalbasis als Hemmnis für eine Energiewende in Ostdeutschland. Trotz der Vorteile regionaler (Energie-)Märkte für den Start neuer Energieversorger sind diese doch für die weitere Entwicklung teilweise zu klein und schrumpfen zudem im Gefolge demografischer Veränderungen oft noch (ebenda: 24). Die guten Sonderbedingungen in Ostdeutschland wie der Solidarpakt II laufen überdies aus oder werden wie die Finanzierung aus dem Europäischen Strukturfonds herabgestuft. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung der Autoren, «dass eine Energiewende in Ostdeutschland den Einstieg in einen sozialökologischen Pfadwechsel bedeuten kann [wie im Verbund Ostdeutschlandforschung angenommen wird – D. K.], ist angesichts der Ausgangsbedingungen, der räumlichen Beschränkungen und theoretischer Überlegungen zu sprunghaften gesellschaftlichen Transformationen deutlich unwahrscheinlicher» (Nölting/Schröder/Kollmorgen/Keppeler 2011: 237).

Vor allem entsprechen die Kräftekonstellationen und Eigentumsverhältnisse in Brandenburg (Langfassung: 20 ff.), der durch die Herrschaftsverhältnisse auf Bundes- und europäischer Ebene gegebene Rahmen und die strategisch-konzeptionelle Aufstellung der pluralen Linken einschließlich der Linkspartei solcher Herausforderung gegenwärtig nicht. Aber der Umkehrschluss, dass die

in Gang geratene und in den ostdeutschen Bundesländern besonders fortgeschrittene Zuwendung zu den erneuerbaren Energien etwa keine Potenziale für künftige sozialökologische demokratische Transformationsprozesse berge, wäre falsch. Solche Potenziale stecken durchaus in der Gesamtstruktur der erneuerbaren Energien. Hermann Scheer hat immer wieder überzeugend auf sie verwiesen (Scheer 2010: 159 ff.):

- Nicht die Anlagen zur Umwandlung der Energiequellen in Strom und Wärme, wohl aber erneuerbare Energien selbst wie Sonnenstrahlung und Wind sind kostenlos – in einer Welt des Rechnens ein unschätzbare Start- und Betriebsvorteil!
- Erneuerbare Energien zeichnen sich in der Regel durch ihre Unerschöpfbarkeit und Schadstofffreiheit aus. Für immer Energie ohne Belastung der Umwelt, gültiger kann keine Antwort auf die Klimafrage im 21. Jahrhundert sein.
- Erneuerbare Energien sind räumlich weit stärker als fossile Energieträger dort verfügbar, wo der Energiebedarf auftritt. Ihr dezentrales Vorkommen begünstigt eine Ökonomie der kurzen Wege. Perspektivisch könnte das trotz des notwendigen überregionalen und internationalen Netzausbaus eine Entlastung investitionsaufwendiger weiträumiger Infrastrukturen für den Transport der Energieträger etwa von Öl und Gas und von Strom und Wärme ermöglichen.
- Die dezentrale Verfügbarkeit und die Ausschöpfung der erneuerbaren Energien in vielen kleinen oder mittelgroßen Anlagen mit begrenzten Anforderungen an den Investitionsaufwand für lokale Energieerzeugung ermöglichen das Engagement und die

Mobilisierung vieler Investoren und bieten wichtige Möglichkeiten für lokale beziehungsweise regionale Wirtschaftskreisläufe. Vor allem ist dies eine hervorragende Bedingung für Energiedemokratie, das heißt für die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger über die Nutzung der erneuerbaren Energien, über ihre Finanzierung und über die Verwendung von Gewinnen daraus.

- Die Dezentralität der erneuerbaren Energien bietet eine Chance für die Veränderung der gegebenen Eigentumsstrukturen. Es bleibt notwendig, durch die Überführung der zentralen Netze in die öffentliche Hand und durch eine öffentliche Regulierung der Energiewirtschaft nach sozialökologischen Kriterien Vergesellschaftungsprozesse zu fördern, die die Macht der Energiekonzerne zurückdrängen. Aber zugleich bilden sich neue Eigentumsverhältnisse von unten, wenn private Haushalte zur Finanzierung lokaler Anlagen auf der Basis erneuerbarer Energien Anteile erwerben, wenn sich Energiegenossenschaften bilden, wenn Kommunen bereits privatisierte Stadtwerke oder Netze zurückkaufen (Langfassung: 20 ff.) und tatsächlich unter öffentlicher Kontrolle stellen und wenn dabei oft auch gemischtes Eigentum entsteht. Dieses Eigentum von unten bietet neue Grundlagen einer Energiedemokratie durch die Selbstbestimmung der beteiligten Akteure über die Energiepolitik.
- Die Umweltfreundlichkeit, die Bürger Nähe ihrer Strukturen und die daraus resultierende Überschaubarkeit der erneuerbaren Energien bergen eine über die Ratio hinausgehende Potenz der Erneuerbaren. Sie sind emotional an-

nehmbar, angesiedelt in der örtlichen Heimat, gestaltbar durch eigenes Engagement der Bürgerinnen und Bürger, mit gutem Gewissen nutzbar und zudem zuträglich für die Zukunft von Kindern und nachfolgenden Generationen. Die Beeskower Bürgerinitiative gegen CCS, die zum Pflanzen von 10.000 Bäumen aufrief, symbolisiert damit genau solche Zusammenhänge.

- Im Gegensatz zu fossilen Energien, deren Explorations-, Infrastruktur- und Kraftwerksinvestitionen etwa auf ein halbes Jahrhundert ausgelegt sind und die deshalb zu den strukturkonservativsten Sektoren der Wirtschaft gehören, ist die dezentrale Erzeugung von Strom und Wärme auf der Basis nicht allzu komplexer Technologien der Strom- und Wärmeerzeugung möglich – während das Gesamtsystem regenerierbarer Energien mit seinen intelligenten Netzen und neuen Speichertechnologien allerdings hochkomplex und wissenschaftsintensiv ist. Die Umschlagzeit der in lokalen Produktionskapazitäten festgelegten finanziellen Mittel ist aber im Vergleich zum Rücklauf des Kapitalvorschusses für fossile und atomare Großanlagen weit kürzer. Erneuerbare Energien sind daher entschieden innovationsoffener als die starren fossilen Technologien. Die Brandenburger Energiestrategie für den Ausbau von Windkraftanlagen nutzt diese Konstellation, indem etwa ab 2020 vorwiegend auf Empowering gesetzt werden soll, das heißt auf die Ersetzung kleiner Windräder durch höhere und leistungsfähigere Anlagen auf neuerem technischen Stand.

Diese Vorzüge der erneuerbaren Energien sind ein unschätzbare Potenzial für

alternative Akteure der Energiepolitik. In den Kämpfen gegen die noch immer dominant fossilistische Politik der oligopolistischen Energieversorger haben sie alle Rationalität auf ihrer Seite. Aber bisher verteidigt der fossilistisch-atomare Komplex seine konservativen Machtstrukturen verbissen gegen das Vordringen der erneuerbaren Energien, einschließlich des wachsenden eigenen Engagements auf diesem Feld, soweit es sich – wie etwa in Gestalt von riesigen Offshore-Windparks oder des Desertec-Projekts – in die gegebenen Eigentumsverhältnisse und Unternehmensstrukturen einfügen lässt. Offen ist, ob die großen Energieversorgungsunternehmen wie so oft in der Geschichte des Kapitalismus progressive Entwicklungen langfristig in ihre eigene Herrschaftsstruktur, in ihre oligopolistische Macht- und zentralistische Standortpolitik integrieren können oder ob es gelingen wird, die systemwidrigen und weit über die Grenzen von Kapitalverhältnissen hinausweisenden emanzipatorischen Potenziale einer Energiewende voll zur Geltung zu bringen.

Eine solche Veränderung ist nur vorstellbar, wenn im öffentlichen Bewusstsein eine entscheidende Veränderung erfolgt: wenn große Teile der Bevölkerung zu sich selbst mehr Vertrauen entwickeln als zu den Machteliten. 15 Weltklimakonferenzen haben seit 1972 stattgefunden, aber die Schäden für den Klimawandel wachsen ständig an. Die Zahl der internationalen und europäischen Gipfeltreffen zur Überwindung der Finanzkrise ist kaum noch zu übersehen, nur die Krise dauert an. Und das, was gegen sie unternommen wird, läuft auf die Zahlung von Milliarden zur Rettung der Krisenverursacher und auf Sparprogramme zulasten der unschuldig von der Krise betroffenen

Bevölkerung hinaus. Die Grundentscheidungen darüber fallen in kleinen elitären Machtzirkeln und höhlen die Demokratie aus. Die Einsicht liegt nahe: «Sie können es nicht!» Aber noch werden die, die es nicht können, in Deutschland und in anderen Ländern immer wieder gewählt.

Doch in den Tiefenstrukturen des gesellschaftlichen Bewusstseins gärt es. Nach dem ARD-Deutschlandtrend vom Juni 2012 bezeichnen nur noch 27 Prozent der Bundesbürger die Situation in Deutschland als gerecht, 66 Prozent aber als ungerecht. 51 Prozent der Deutschen sind mit der Demokratie in der Bundesrepublik weniger bis gar nicht zufrieden; nur 27 Prozent der Ostdeutschen meinen, die Demokratie funktioniere zufriedenstellend (*Spiegel online*, 4.7.2012). Vier Fünftel der Deutschen haben das Vertrauen in die Banken verloren. Ein Ausdruck dessen ist die Occupy-Bewegung. Die Politiker werden mehrheitlich als abgehoben von der Bevölkerungsmehrheit empfunden. In den Protesten um Stuttgart 21 haben große Teile der Bürgerschaft ihr Gefühl artikuliert, dass die Politik «von denen da oben» vorbei an ihnen gemacht wird und dass dies nicht länger hinnehmbar ist. Der Glaube an eine durch die Märkte glücklich gelenkte soziale Marktwirtschaft ist dahin. Selbst die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, das Flaggschiff bürgerlicher Meinungsbildung unter den Printmedien, und die *Financial Times Deutschland* druckten ganze Artikelserien über die Malaisen des Kapitalismus. Zur Rhetorik solcher Beiträge meint FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher, sie sei «früher ausschließlich militanten, systemfeindlichen Kräften [...] vorbehalten» gewesen (Schirrmacher 2010: 9). Der Chef des elitären Davoser Weltwirtschaftsforums, Klaus

Schwab, schrieb in der *Financial Times Deutschland*: «Das System, das uns in die Krise geführt hat, ist längst überholt, aber wir verleugnen diese Realität zu unserem eigenen Nachteil. Wir gehen schizophran mit der neuen Realität um und tun weiterhin so, als hätte sich nichts Grundlegendes geändert.» (*Financial Times Deutschland*, 25.1.2012) Überwiegend verborgen im mentalen Untergrund der Gesellschaft könnten Möglichkeiten des Einstiegs in eine sozialökologische Transformation heranreifen.

Eine entscheidende Voraussetzung dafür wäre, dass die plurale gesellschaftliche Linke es fertigbringt, das Trennende zwischen den verschiedenen Kräften, Strömungen, Bewegungen und Parteien, zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften zu überwinden und Grundideen eines gemeinsamen Transformationsprojekts zur Grundlage solidarischer Aktionen und von Kämpfen um eine linksdemokratische geistige Hegemonie in der Gesellschaft zu machen. Die Voraussetzung wäre eine breite Bündnispolitik, die den Kern von Lohnabhängigen, die von Abstieg bedrohten Arbeitnehmer, die längst in prekären Verhältnissen Lebenden und die für soziale Gerechtigkeit offenen libertären Milieus der Mitte, Unternehmer und Intellektuelle in Handlungszusammenhänge für die wichtigsten Ideen einer solidarischen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft zusammenbringt (Brie 2008:13–45). Die Vorreiterstellung Brandenburgs in der Zuwendung zu erneuerbaren Energien resultiert durchaus aus der Aktivität ganz unterschiedlicher Kräfte mit zum Teil ähnlichen Zielen (Langfassung: 47 f.). Zu den besonderen Chancen in Brandenburg für die Einbettung einer Energiewende in den Beginn einer doppelten

Transformation gehört, dass in diesem Bundesland eine Regierungskoalition von SPD und Linkspartei existiert. Die Sozialdemokratie in Deutschland steht angesichts eines voraussichtlichen Andauerns der gegenwärtigen Mehrfachkrise in wechselnder Gestalt und Heftigkeit vor der Frage, ob sie sich langfristig auf die Rolle des schwächeren Partners der CDU/CSU einstellt, also eine Variante des neoliberalen Kapitalismus um den Preis eines neuerlichen Profilverlusts mitträgt, oder ob sie eine progressive Transformation der Gesellschaft mit linken Partnern will. DIE LINKE könnte diese Entscheidung mit einer Politik auf der konzeptionellen Grundlage einer doppelten Transformation erleichtern, weil diese auf absehbare Zeit Bewegung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet, ohne auf ein Wirken für demokratisch-sozialistische Veränderungen zu verzichten. Genau dies hat die SPD in ihrem Hamburger Grundsatzzprogramm festgeschrieben. Dort heißt es, die Idee des demokratischen Sozialismus verlange «eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, aber in sozialer und menschlicher Sicherheit führen [...]. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist.» (SPD-Parteivorstand 2007: 16 f.) Allerdings ist gegenwärtig keine Neigung der SPD-Spitze erkennbar, diese Orientierung ihres Grundsatzzprogramms in reale Politik umzusetzen.

Ernst Bloch empfahl für Situationen eher geringer Chancen auf positiven Wandel:

«Man muss ins Gelingen verliebt sein, nicht ins Scheitern.» George Bernard Shaw schrieb: «Ihr steht und sagt: Warum? Aber ich träume und sage: Warum nicht?» Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich diskontinuierlich. In der Politik können besonders in Krisenzeiten unvermutet Brüche auftreten. Chancen, die in so wichtigen Prozessen wie der Energie- wende stecken, dürfen daher nicht von vornherein aufgegeben werden. Würde die Brandenburger Linkspartei einen transformatorischen Horizont der Energie- wende ins Auge fassen, könnte dies durchaus kompatibel mit einem gemeinsamen Aufbruch der LINKEN, der SPD und anderer Akteure werden.

Also sollte DIE LINKE weit mehr noch als bisher ihren Gebrauchswert für die Bürgerinnen und Bürger darin sehen, gemeinsam mit ihnen Lösungen für ihre alltäglichen Probleme und Sorgen durchzusetzen. Präsenz in der Lebenswelt der Menschen, das ist das A und O linker Politik. Das gilt auch für die Energiepolitik, wenn es beispielsweise um erschwingliche Strompreise, um Entwicklungsproblemen von Energiegenossenschaften, um für die dort Wohnenden annehmbare Standorte von Windrädern und Biogasanlagen, um Trassenführungen oder Arbeitsbedingungen in Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien geht.

Würde dies geschehen, so könnte dies unter der Voraussetzung einer wesentlichen Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links in Deutschland und Europa Anstöße für eine postneoliberale bürgerliche Entwicklung ermöglichen, die sich Schritten zu einer Erneuerung des Sozialstaats nicht verschließt, sich einem ökologischen Umbau öffnet und unter dem Druck der globalen Großprobleme Wege zu fried-

lichen und kooperativen Lösungen beschreitet. Dies würde sich noch auf kapitalistischen ökonomischen Grundlagen vollziehen und doch schon zunehmend von Veränderungen mitgeprägt werden, die nicht das Gewinnstreben von Unternehmen, wohl aber die Dominanz des Profits über alle anderen Entwicklungsziele infrage stellen. Dies wäre eine progressive Transformation im Rahmen des Kapitalismus. Sie würde nur gegen den heftigsten Widerstand der konservativsten Teile der Macheliten durchsetzbar sein, durch die kapitalistischen Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse begrenzt und ständig durch ein neoliberales Rollback gefährdet bleiben. Um konservative Rückfälle auszuschließen und die Profitdominanz dauerhaft zu überwinden, wird ein alternativer Weg weiter zu gehen sein. Mehr Gerechtigkeit, ein radikalerer sozialökologischer Umbau, die Entfaltung partizipativer Demokratie und von Wirtschaftsdemokratie, eine kooperative Friedenspolitik und die dafür notwendigen Brüche in den Machtstrukturen werden dann durchzusetzen sein. Das würde bereits Elemente und Tendenzen einschließen, die über den Kapitalismus hinausweisen. Das wäre der Beginn einer doppelten Transformation. Zu erinnern ist an Michael Schumanns Überlegung:

«Der Transformationsbegriff [...] meint die Aktualisierung von Entwicklungspotenzen der gegenwärtigen Gesellschaft als politische Aufgabe mit dem Ziel der Schaffung einer neuen humanen Lebensform.»
(Schumann 1992: 71)

Prof Dr. Dieter Klein ist Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Agentur für Erneuerbare Energien e. V.:

Bundesländervergleich Erneuerbare Energien 2010. Zusammenfassung der Studienergebnisse. Renew's Special 44/2010, Berlin 2010.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg:

Die kleine Brandenburg-Statistik 2010: 12.2. Umwelt, Potsdam 2010.

A.T. Kearney/Decision Institute:

Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg, Berlin 2011.

Becker, Simon/Gailing, Ludger/Nau-

mann, Matthias: Neue Energielandschaften – Neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg. Studie des Leibnitz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner 2012.

Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg:

Empfehlungen für Eckpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg, Potsdam 2010.

Bretthauer, Lars:

Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas. In: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stütze, Ingo: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg 2006, S. 82–100.

Brie, Michael: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. In: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin 2007.

Brie, Michael:

Sind wir Auto?
In: LuXemburg 1/2009.

BUND: Klimaschutz nach 2012. Vorläufige Eckpunkte für ein schlagkräftiges internationales Regime. In: positionen 52, Berlin 2009.

BUND: Keine Zukunft für Kohlekraftwerke. Widersprüche der aktuellen Energiepolitik, unter: www.die-klima-allianz.de/, 2010.

BUND: Wirtschaftswachstum oder nachhaltige Entwicklung. Ein BUND-Diskussionspapier, Berlin 2011.

Cappgemini/Merrill Lynch: World Wealth Report 2011, unter: www.de.cappgemini.com/insights/publikationen/world-wealth-report-2011/, 2011.

De Sousa Santos, Boaventura: Entpolarisierte Pluralitäten. In: LuXemburg 1/2010.

Diekmann, J./Groba, F./Vogel-Sperl, A./Püttner, A./van Mark, K./Mayer, J./

Ziller, U.: Vergleich der Bundesländer: Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien – Indikatoren und Ranking, Berlin/Stuttgart 2010.

DIE LINKE, Bundestagsfraktion:

Plan B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau, unter: www.plan-b-mitmachen.de, 2012.

Europäische Kommission: Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel Juni 2010.

Europäische Kommission: Energie 2020. Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie. SEK (2010) 1346, Brüssel November 2010.

gegenstromberlin: Energiepolitische Thesen von gegenstromberlin. Gegen den fossil-nuklearen Wahn: Energiedemokratie JETZT!, unter: www.linkeblogs.de/hiksch/2011/06/energiepolitische-thesen-von-gegenstromberlin/, 2011.

Greenpeace/EUtech: Klimaschutz: Plan

B. Nationales Energiekonzept bis 2020, Hamburg 2007.

Greenpeace: Schwarzbuch Vattenfall, Hamburg 2008.

Greenpeace: Stellungnahme zum Entwurf der Energiestrategie 2030 der Landesregierung Brandenburg vom 6. Januar 2012, Hamburg 2012.

Grüne Liga/Netzwerk ökologischer Bewegungen/Umweltgruppe Cottbus e. V.: Vorläufige Stellungnahme zum Gutachten «Grundlagen für die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg», 6. November 2011.

Haug, Frigga: Die-vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg 2008.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung/ Decision Institute: Stärken stärken – Wachstum fördern. Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg. Endbericht vom 22. Oktober, Potsdam 2010.

Institut für Gesellschaftsanalyse: Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2011.

Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)/Greenpeace: Wertschöpfung und Beschäftigung durch Erneuerbare Energien in Brandenburg 2030, Hamburg 2012.

Jacht, Miriam: Zukunftsperspektiven für ein globales Klimaregime: Lehren aus dem internationalen Ozonregime?, unter: www.ie-ei.eu/bibliotheque/memoires/2006/JACHT.pdf, 2005.

Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2009.

Kepler, Dorothee/Nölting, Benjamin: Stand der erneuerbaren Energien in Ost-

deutschland: Ein Überblick. In: Kepler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten: Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende, Frankfurt/Main 2011.

Kepler, Dorothee/Schröder, Carolin/Nölting, Benjamin: Energie Wende in Ostdeutschland – Klimaschutz, eigenständige ökonomische Entwicklung oder sozial ökologischer Pfadwechsel? Eine Einleitung. In: dieselben: Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs, Frankfurt/Main 2011.

Kepler, Dorothee/Zöllner, Jan/Rau, Irina/Rupp, Johannes: Beteiligung als Strategie und Strukturelement einer Energiewende in Ostdeutschland. In: Kepler/Nölting/Schröder (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs, Frankfurt/Main 2011.

Klein, Dieter: Grüner Kapitalismus – Irrweg oder aufzuheben in einer sozial-ökologischen Transformation? Eine Nachbemerkung. In: Kaufmann, Stefan/Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus. Krise. Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2009.

Klein, Dieter: Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt künftiger Transformation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 16/2011.

Klein, Dieter: Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 34/2011.

Klein, Dieter: Widersprüche in der Brandenburger Energiewende. Horizonte sozialökologischer Transformation. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012 (Langfassung des vorliegenden Textes).

Koalitionsvertrag/Vereinbarung zwi-

schen CDU, CSU und FDP: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. 17. Legislaturperiode, Berlin 2009.

Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages: «Gemeinsinn und Erneuerung. Ein Brandenburg für alle», Potsdam 2009.

Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz: LUGV-Kurzgutachten zu Klimaschutzeffekten möglicher Veränderungen der Energiestrategie 2030, Potsdam 2011.

Landesregierung Brandenburg: Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg. Bericht der Landesregierung, Potsdam 2008.

Landesregierung Brandenburg: Gemeinsam Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen. Eckpunkte einer Strategie für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg, Potsdam 2010.

Landesregierung Brandenburg: Bericht an den Ausschuss für Wirtschaft gemäß Drucksache 5/625 – B. sowie an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 6. Mai, Potsdam 2010.

Landesregierung Brandenburg: Energiestrategie des Landes Brandenburg 2030, Potsdam 2012.

Leggewie, Klaus/Welzer, Harald: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt/Main 2009.

Miegel, Meinhard: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten: Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg, Potsdam 2008.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten: Entwurf Energiestrategie 2030, Potsdam 2011.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten: Informationen über die Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg, 24. Februar, Potsdam 2011a.

Netzwerk und Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung: Zur Lage in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial 5/2006.

Öko-Institut e. V.: Kurzbewertung – Zur Rolle der Braunkohle in der vorgesehenen «Energiestrategie 2030» des Landes Brandenburg. Kurzstudie im Auftrag der klima-allianz-deutschland, Berlin 2011.

Ohlhorst, Dörte: Energiemix im Lobbygeflecht – das Ringen der Akteure um die Weichenstellungen für die Zukunft. In: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs, Frankfurt/Main 2011.

Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg 2002.

Rieseberg, Sarah/Wörten, Christine: Befreiungen der energieintensiven Industrien in Deutschland von Energieabgaben. Studie der arepoconsult im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012.

Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.): Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 15/2011.

Scheer, Hermann: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München 1999.

Scheer, Hermann: Der energetische Imperativ. 100 Prozent jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, München 2010.

Schirmacher, Frank/Strobl, Thomas, (Hrsg.): Die Zukunft des Kapitalismus, Frankfurt/Main 2010.

Schücking, Heffa/Kroll, Lydia: Bankrolling Climate Change, unter: www.urgewald.de, Durban/Berlin/Nijmegen 2011.

Schumann, Michael (1992): Programmatik und politisches System. In: Adolphi, Wolfram (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin 2004, S. 69–73.

Schumann, Michael (1995): Vor fünf Jahren: «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!»

In: Adolphi, Wolfram, (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin 2004, S. 94–111.

Schumann, Michael (2000): Theorie, Ideologie und Politik im Kontext sozialistische Erneuerung. In: Adolphi, Wolfram, (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004, S. 177–183.

Schuster, René: Braunkohlerepublik Brandenburg? Warum das Land sich gegen ein neues Kohlekraftwerk entscheiden muss, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 04/2012.

Thomas, Michael/Reißig, Rolf/Koch, Frank Thomas: Das Projekt des sozial-

ökologischen und solidarischen Umbaus. Fallbeispiele für den Einstieg, Berlin 2011.

Töpfer, Klaus/Yogeshwar: Unsere Zukunft. Ein Gespräch über die Welt nach Fukushima, München 2011.

von Weizsäcker, Ernst-Ulrich: Faktor Fünf, München 2010.

Welzer, Harald: Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zur Ökologie, Bd. 14, Berlin 2011.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für die Große Transformation, Berlin 2011.

Witt, Uwe: Eigentum und Verfügung in der Energiewirtschaft, unv. Manuskript vom 24. Juni, Berlin 2010.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt/Main 2008.

Ypsilanti, Andrea: Erfahrungen einer Niederlage. Projekt eines Richtungswechsels und die Energiefrage in Hessen. In: LuXemburg 1/2012.

AKTUELLE PUBLIKATION



LUXEMBURG 3/2012

«GRÜNER SOZIALISMUS»

Mit Beiträgen von Gregory Albo, Elmar Altvater, Patrick Bond, Nicola Bullard, Mario Candeias, Katja Kipping und Bernd Riexinger, Dieter Klein und Wolfgang Methling und anderen

«Grüner Sozialismus» als Strategie und Orientierung riskiert eine Selbstveränderung der Linken. Neben Einstiegsprojekten bedarf die Transformation eines utopischen Horizonts, um der Entwendung in herrschaftliche Projekte entgegenzuwirken. Ohne zu vergessen, dass die Veränderung der Welt sich während ihrer Veränderung immer wieder neue Horizonte suchen muss. Welche Politiken, Strategien und Aktionen müssen verknüpft werden, damit ein zukunftsfähiges Gesamtbild sozialistischer Naturverhältnisse entstehen kann? Wie können darin die vielfachen Ungleichheiten gemindert werden? Wie fördern sie den Fokus auf radikale Demokratie? Wie tragen sie zu einer Kultur solidarischer Kooperation bei?

www.zeitschrift-luxemburg.de

IMPRESSUM

Die Reihe ANALYSEN wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Sabine Nuss
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, www.rosalux.de
ISSN 2194-2951
Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gedruckt auf: Circle Offset Premium White,
100% Recycling
Berlin, Oktober 2012

«Die Energiepolitik wird zu einem zentralen Feld gesellschaftlicher Transformation. Sie betrifft den Umgang mit fossilen Ressourcen, auf denen gegenwärtig die gesamte Zivilisation beruht, deren weitere Nutzung diese Zivilisation jedoch aufs Äußerste gefährdet. Die Energiepolitik hat es mit Knotenpunkten globaler Macht, aber auch mit der Chance zu tun, zur Veränderung der gegenwärtigen Machtverhältnisse beizutragen.»

DIETER KLEIN

